

Wirtschaft & Umwelt

ZEITSCHRIFT FÜR UMWELTPOLITIK UND NACHHALTIGKEIT

Euro 1,80

Nummer 3/2013

www.ak-umwelt.at

Schwerpunkt:

Knapper Boden

Politik: Forderungen an die Regierung

Betrieb: Mit dem Rad zur Arbeit

Leben: Heizen mit dem Schwedenofen



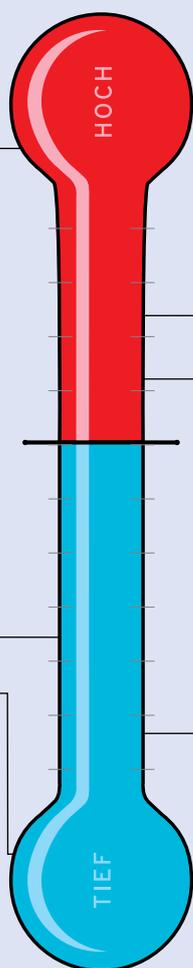
www.arbeiterkammer.at

DAS WUM-OMETER

KONSEQUENT! Da bei den U-Ausschüssen im Parlament auffällig viele Zeugen große Erinnerungslücken vorgaben, haben einige Abgeordnete eine Anfrage zu deren Verkehrstüchtigkeit an Ministerin Bures gestellt. Wenn sich die Betroffenen so großer Geschäfte nicht mehr entsinnen, bestehe nämlich die Gefahr, dass sie auch die Verkehrsregeln vergessen.

BIO-GARTEN-PLUS. Nach drei Jahren hat ein Mann in Franken einen Ring wiedergefunden, den seine Frau offenbar beim Gemüseschälern im Biomüll verloren hatte. Da der Kompost zur Düngung des Gartens eingesetzt wurde, landete der Ring letztlich an einer jüngst geernteten Kartoffel. So etwas gibt's aber nur im Bio-Garten!

ROSINENPICKEN. „Wer sich immer nur die Rosinen herauspickt, dem wird irgendwann der Kuchen weggenommen“, sagt EU-Parlamentarier Hubert Pirker von der ÖVP über die britische EU-Politik. Dass er aber selbst die Rosinenpickerei in anderen Bereichen – etwa durch die geplante Eisenbahnliberalisierung – massiv fördert, steht wohl auf einem anderen Blatt.



AUF DEN HUND GEKOMMEN ist nun die Bremer Polizei. Dortige Polizeihunde tragen seit neuestem im Einsatz Neoprenschuhe. Diese schützen vor Verletzungen, etwa durch Glasscherben, und sollen dadurch die derzeit häufigen Krankenstände verringern. Warum sollen nicht auch Diensthunde etwas Arbeitnehmerschutz genießen?

FERNKÄLTE. Nein, nicht die Kälte ist fern, sondern die Wärme des Sommers. Aber im Sommer, wenn die Kälte fern ist, liefert die Fernwärme Wien Fernkälte – aus der Abwärme von Verbrennungsprozessen. Einfach: Fernwärmekälte.

GESEGNET? Eine Studie der MedUni Wien belegt, dass das Wasser zahlreicher „Heiliger Quellen“ stark mit Fäkalbakterien und anderen gesundheitsschädlichen Keimen belastet ist. Beim Weihwasser in vielen Kirchen und sogar in Spitalskapellen sieht es nicht besser aus. Dann lieber doch Wasser ohne kirchliches Gütesiegel!



UMWELTPOLITIK FORDERUNGEN

Die Herausforderungen der kommenden Jahre sind nichts für Zwerge. Die kommende Regierung muss an positiven Ansätzen weiterarbeiten und soziale und ökologische Verantwortung zeigen: nachhaltige Umwelt- und Verkehrspolitik ist gefordert. **Seite 10**

RUBRIKEN

Nachrichten	Seite 04
Kommentar	Seite 05
Umwelt in der EU, in Europa und der Welt	Seite 06
Aktuelles Interview	Seite 09
Aktion	Seite 25
Medien	Seite 29
Vor 15 Jahren	Seite 34
AK-Wissenschaft	Seite 35

Eine neue „Grundsteuer fair“ heißt, Grundeigentum nicht mehr nach völlig veralteten Einheitswerten zu besteuern. Außerdem muss ausgeschlossen sein, dass sich die Immobilienbesitzer nicht wie bisher die Grundsteuer über die Betriebskosten zurückholen dürfen. **Rudi Kaske**



BETRIEB
RAD-VORREITER

Startbereit? Mit dem Rad zur Arbeit zu fahren, davon profitieren nicht nur die einzelnen Beschäftigten hinsichtlich Gesundheit, Wohlbefinden und Kostenersparnis, sondern der gesamte Betrieb. Ein Beispielsbetrieb mit vielen Ideen. **Seite 26**

LEBEN
SCHWEDENÖFEN

Die Heizsaison naht. Was tun? Zum Beispiel ökologisch einheizen. Mit Holz im Schwedenofen? Schwedenöfen haben am Prüfstand bessere Grenzwerte als alte Feuerungsanlagen. Die Emissionen sind aber unter realen Bedingungen höher. **Seite 30**

SCHWERPUNKT KNAPPER BODEN

Ohne gesunden Boden gibt es kein Leben, keinen Wohlstand. Doch mit dem Boden wird in weiten Teilen der Welt viel zu sorglos umgegangen. Gehen wir mit dieser Ressource nicht sorgsam um, verarmen Mensch und Natur. **Seite 13**



IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20-22, 1040 Wien **Telefon** 01/501 65-DW **E-Mail** wirtschaft.umwelt@akwien.at **Redaktion** Mag. Sylvia Leodolter (Chefredakteurin), Dr. Wilfried Leisch (Redakteur) **Sekretariat** Christine Schwed (DW 2698) **Grafisches Konzept** Jakob Fielhauer, www.fielhauer.at **Layout & Infografik** Michael Haderer **Coverfoto** Erwin Schuh **Druck** Ueberreuter Print und Digimedia, 2100 Korneuburg. Die in Wirtschaft & Umwelt veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder. **ISSN** 1028-4664



www.ak-umwelt.at

UZ-Platzhalter

BODEN
LOS

Erosion, Verdichtung, Übernutzung, Versiegelung, Versalzung, Vergiftung - all dies trägt dazu bei, dass wir buchstäblich die fruchtbare Erde unter unseren Füßen verlieren, gleichsam bodenlos werden. Boden ist eben eine begrenzte Ressource. Es herrscht ein ständiger Nutzungskonflikt. Der Markt ist für nachhaltige Lösungen ungeeignet, die gewinnbringendste Nutzung führt häufig zur Zerstörung des „Bodenschatzes“. Ob und wie die bestehenden Maßnahmen zum Schutz des Bodens und seiner biologischen Vielfalt ausreichen und wirken, lässt sich schwer beantworten, denn Transparenz ist vielfach nicht erwünscht. Wieso sonst werden die positiven Ansätze für eine EU-Bodenschutzrichtlinie von Österreich seit Jahren abgelehnt? Auch eine bundesweit einheitliche Regelung zum Schutz des Bodens gibt es nicht. Und weltweit? Obwohl etwa zwei Drittel aller fruchtbaren Böden auf der nördlichen Halbkugel liegen, beanspruchen die reichen Länder des Nordens für die Produktion ihrer Konsumgüter große Landflächen in jenen Ländern, in denen fruchtbarer Boden knapp ist. Angebaut wird, was am lukrativsten ist und sich auf



dem Weltmarkt gut verkaufen lässt. Auf der Strecke bleiben Bodenschutz und die Menschen in den ärmeren Ländern. Sorgsamer Umgang mit dem Boden ist nicht nur für eine nachhaltige Landwirtschaft wichtig. Wir brauchen auch Flächen, auf denen Fabriken, öffentliche Infrastruktur und Wohnungen gebaut werden. Vor allem in den Städten und Ballungsräumen sind verfügbare Flächen knapp, steigen die Baulandpreise. Damit sich alle weiterhin menschenwürdigen Wohnraum leisten können, müssen sozialer Wohnbau und eine ganzheitlich an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Stadtentwicklung wirksame Instrumente erhalten. Eine lebenswerte städtische Struktur findet sich weder in finsternen Hinterhöfen im Zentrum noch in Wohnsilos am Stadtrand. Bodenschutz ist eine soziale und politische Aufgabe. Diese Aufgabe den Agrarlobbies der Welt zu überlassen, wäre eine bodenlose Dummheit.

Sylvia Leodolter

NACHRICHTEN

WASSER

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE

Die Unterschriftensammlung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „Wasser ist ein Menschenrecht“ ging am 9. September zu Ende.

Mit mehr als 1,8 Millionen Unterstützungs-Unterschriften und dem Erreichen des Quorums in 13 Mitgliedstaaten konnte die EBI Anfang September 2013 ihr Vorhaben sehr erfolgreich abschließen. „Das ist ein Riesenerfolg und gleichzeitig ein historisches Ereignis für die EU. Erstmals konnte eine EBI die hohen Formalkriterien erfüllen und als kurzfristigen Erfolg die Privatisierung



der Trinkwasserversorgung in Europa abwenden, erklärten AK-Präsident Rudolf Kaske und der nationale Koordinator der EBI, Thomas Kattinig, von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG). Die EU-Kommission ist zwar nach der folgenden Übergabe aller gültigen Stimmen nicht verpflichtet, auch ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, allerdings ist der politische Druck nun

Schweinemast

OGH-URTEIL HILFT ANRAINERINNEN

AnrainerInnen können sprichwörtlich aufatmen: Der Oberste Gerichtshof (OGH) entschied, dass auch baurechtlich genehmigte Mastschweinanlagen bei der Geruchsmission angehalten sind, das „ortsübliche Ausmaß“ nicht zu überschreiten. www.ogh.gv.at und (OGH 24.7.2013, 9 Ob 48/12t) **FG**

extrem hoch. Die InitiatorInnen werden dem EU-Parlament konkrete Vorschläge vorlegen, wie qualitativ hochwertige Trinkwasserversorgung und die sanitäre Grundversorgung in der gesamten EU garantiert werden können. **LS**

„WESTBAHN AG“

KUNDENFEINDLICHER PENDLERZUSCHLAG

Die „Westbahn AG“ verlangt von PendlerInnen mit Verbund-Zeitkarten bis zu drei Euro Zuschlag pro Fahrt.

Dies gilt auf der Strecke zwischen Amstetten und Wien. Alternativ können PendlerInnen eine „Monatsaufpreiskarte“ erwerben. Der Aufpreis wird damit begründet, dass die „Westbahn AG“ durch den „PendlerInnenansturm“ zu den Spitzenzeiten in der Früh und am Nachmittag überlastet sei. Das Unternehmen hat sich zwar bewusst die einzige

gewinnbringende Strecke im österreichischen Schienenverkehr herausgepickt, will nun aber trotzdem auch noch Steuergelder erhalten. Da PendlerInnen mit Zeitkarten zum Profit naturgemäß weniger beitragen als voll zahlende Fernverkehrsfahrgäste, möchte man jetzt offenbar über den Preis selektieren. Die AK lehnt diese Vorgehensweise ab und fordert, dass die „Westbahn AG“ die Regelung umgehend

aus ihren Beförderungsbedingungen streicht und die PendlerInnen ab sofort wieder ohne Aufpreis befördert. **JL**

EISENBAHN

BREITSPUR BIS WIEN?

Die Russische Eisenbahnspurweite ist mit jener zahlreicher europäischer Länder (meist 1435 mm) nicht kompatibel.



UMWELT-RANKING FÜR REEDEREIEN SCHMUTZIGE KREUZSCHIFFFAHRT

Die Schifffahrt ist ein bedeutender Verursacher von Schwefel, Stickoxiden und Dieselruß. Kreuzfahrtschiffe werben zwar mit Luxus und Erholung, unterscheiden sich aber bei Luftschadstoffen auch in naher Zukunft nicht wesentlich von Containerschiffen, so eine NABU-Studie (Naturschutzbund Deutschland). Alle Reedereien wollen demnach weiter ihre Schiffe mit hochgiftigem Rückstandsöl – in Österreich als Sondermüll klassifiziert – betreiben und keinen Rußpartikelfilter einsetzen. Von 20 bis 2016 vom Stapel laufenden Schiffen werden 17 keinerlei Abgasreinigung aufweisen. Nur die Anbieter TUI und Hapag-Lloyd wollen Stickoxid-Katalysatoren einsetzen. Laut NABU macht eine adäquate Abgastechnik nur 0,2 Prozent der Anschaffungskosten aus. Aufgrund des Medienechos kündigte der Branchenleader AIDA Cruises nun sogar bei bestehenden Schiffen eine Nachrüstung an. Mehr zur Kampagne „Mir stinkt’s“ unter: www.nabu.de bzw. www.youtube.com/watch?v=5bNPj_Dw6Xo **FG**

Ausgezeichnet: ArbeitsradlerInnen

Bei der bundesweiten Auswahl hat die Jury die Radlobby für „Radelt zur Arbeit“ mit dem VCÖ-Mobilitätspreis Österreich in der Kategorie „Klimafreundliche Mobilität“ ausgezeichnet! www.radeltzurarbeit.at www.radlobby.at

Für den Systemübertritt muss entweder in spezielles Rollmaterial investiert, müssen Fahrzeuge umgebaut (Tausch der Drehgestelle) oder umgeladen werden. Jetzt gibt es die Idee, die russische Breitspur (1520 mm) entgegen allen bisherigen EU-Harmonisierungen bis Wien zu verlängern. Der Systemübertritt wäre zwar weiter notwendig, hätte aber für Österreich wirtschaftliche Vorteile. Versprochen wird schon einmal viel: 3.000 neue Jobs, 120 Millionen Euro zusätzliche jährliche Wertschöpfung, die Verlagerung der Güterströme und die „Stärkung des Staatsbudgets“. Ob mit der Breitspur nur strategische russische Interessen bedient werden sollen oder ob hier das Eisenbahnzeitalter neu erfunden wird und dadurch die fantastischen Prognosen tatsächlich eintreten, soll nun eine Machbarkeitsstudie klären. **GL**

SCHIENENMAUT

DEUTSCHE FLÜSTERSCHIENE

In Deutschland gibt es seit 1. Juni eine lärmabhängige Schienenmaut.

Grundsätzlich wird für den Güterverkehr ein Aufschlag von ein Prozent auf das Infrastrukturbenutzungsentgelt verrechnet. Diese Mehrkosten entfallen bei Zügen, bei denen mindestens 80 Prozent der Waggonen aus lärmarmen Güterwagen bestehen. Dieser Wert soll stufenweise auf 100 Prozent erhöht werden. Zusätzlich gibt es in Deutschland seit 2012 ein Programm zur Umrüstung von Güterwägen. Finanzielle Unterstützung gibt es, wenn deren Lärmemissionen dauerhaft gesenkt werden. Umrüstungskosten: 152 Millionen Euro. Verglichen mit dem 620 Millionen Euro teuren Förderprogramm der zehnmal kleineren Schweiz ist das zwar

KOMMENTAR VON RUUD KLEIN



KOMMENTAR VON THOMAS HADER SIE HAB ´N A STROSSN BAUT

Wien ist anders – ist Wien anders? Beispiel Transdanubien: Trotz Bekenntnissen zu nachhaltigen Verkehrslösungen wird dem angeblich wachsenden Pkw-Aufkommen noch immer mit Straßenausbau begegnet.

Rund 400.000 Menschen werden sich bis 2030 in und rund um Wien niederlassen. Das entspricht der aktuellen Einwohnerzahl der Landeshauptstädte St.Pölten, Linz und Salzburg. Dass sich damit auch im Verkehrsbereich einiges ändern muss, liegt auf der Hand, doch trotz Bekenntnissen zu mehr öffentlichem Verkehr, Rad- und Fußverkehr werden in der konkreten Umsetzung noch immer Einkaufszentren auf der grünen Wiese oder Entlastungsstraßen geplant wie aktuell in Wien Donaustadt. Bereits jetzt ist in der Ostregion die eineinhalbfache Größe von Wien mit Verkehrsflächen zubetoniert. Wenn weiterhin nach der Logik „mehr Menschen = mehr Autos = mehr Straßen“ agiert wird, hat das zwangsläufig die Folge, dass wir in den nächsten Jahren Grünflächen opfern werden, die größer sind als erster, zweiter und dritter Bezirk gemeinsam. Dabei sind Autobesitz und -nutzung in Wien rückläufig und die für Ballungsräume

geeigneteren Verkehrsmittel bereits vorhanden. Auf einer Fläche, die zehn Personen mit jeweils einem Auto beanspruchen, könnten 50 mit der Bim, 78 mit dem Rad und fast 600 zu Fuß vorwärtskommen. In München geht diese Rechnung auf, dort wurde in einem Stadtentwicklungsgebiet statt einer Entlastungsstraße eine Straßenbahn gebaut. Von Anfang an waren damit 13.000 Personen täglich unterwegs, d.h. die Stadt wurde tatsächlich um mindestens 11.000 Pkw pro Tag entlastet. Auch die Kosten waren mit 40 Millionen Euro im Vergleich zu den ca. 240 Millionen für die gleich lange Stadtstraße in Wien Donaustadt sehr bescheiden. Straßenausbau bedeutet für uns alle neben hohen Kosten Vernichtung von Erholungsraum und verschmutzte Luft in der Wohnumgebung. Da v.a. besserverdienende Männer das Auto nutzen, ist der Straßenbau in Summe weder sozial gerecht, noch unterstützt er die Gleichstellung von Mann und Frau.



* **Mag. Thomas Hader** ist Arbeits- und Wirtschaftspsychologe und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien



AUF EINEN BLICK EU, EUROPA UND DIE GANZE WELT

Biokraftstoffe als

Preistreiber: Ohne die bisherigen EU-weiten politischen Ziele für die Verwendung von Biokraftstoffen wären die Preise für pflanzliche Öle in der EU bis 2020 um 50 Prozent niedriger, in der restlichen Welt um 15 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU (JRC), der verschiedene Szenarien zukünftiger Biokraftstoffpolitiken untersuchte (<ftp.jrc.es/EURdoc/JRC83936.pdf>).

Parlament bremst

Biokraftstoffe: Am 11. September hat das EU-Parlament beschlossen, dass bis 2020 die Verwendung von Biodiesel und Bioethanol, wenn sie aus Lebensmittelrohstoffen hergestellt werden (die sogenannte erste Generation), auf sechs Prozent beschränkt werden soll. Dies bedeutet praktisch den Ausbaustopp für weitere konventionelle Biotreibstoff-Anlagen.

Indirekte Landnutzungsänderungen

(ILUC): Weiters hat das EU-Parlament ein System angenommen, nach dem ab dem Jahr 2020 die durch die Nachfrage nach Rohstoffen für Biokraftstoffe

erhöhte Umwandlung von Wäldern in Ackerflächen eingedämmt werden soll. Durch die bisher bestehenden „Nachhaltigkeitskriterien“ für die Rohstoffe war zwar die direkte Rodung von Wäldern berücksichtigt worden, aber nicht die Abholzung infolge der erhöhten Nachfrage nach Lebensmittelrohstoffen. Mit diesem System soll verhindert werden, dass durch den Ausbau der Biokraftstoffe das Klima mehr belastet wird als durch die Verwendung fossiler Treibstoffe.

Nachhaltigkeit für Energieholz:

Ein noch nicht veröffentlichter Vorschlag der EU-Kommission zu Nachhaltigkeitskriterien für feste Biomasse (www.endseurope.com/docs/130819a.pdf) legt ähnliche Anforderungen fest wie die bisher geltenden für Biokraftstoffe. Beispielsweise wird die Anrechnung untersagt, wenn das Holz von ökologisch besonders wertvollen Flächen – beispielsweise Urwäldern – stammt. Dies sei zu wenig, kritisieren Umweltschutzorganisationen, unter anderem da die Kohlenstoffbilanz der Wälder nicht ausreichend berücksichtigt werde. **CS**

wenig, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Angesichts der internationalen Verflechtungen im Güterverkehr wäre hier aber seit langem die EU-Kommission gefordert, endlich für klare Bestimmungen und Kontrollen zu sorgen. **GL**

BIENENSCHUTZ

HERSTELLER KLAGEN DAGEGEN

Auch die Schweizer Chemiefirma Syngenta hat Klage gegen das Verbot eines ihrer Pflanzenschutzmittel erhoben.

Zuvor hatte schon Bayer Crop Science geklagt. Nach Angaben der EU stellen die beeinspruchten Pflanzenschutzmittel ein Risiko für Bienen dar. Syngenta meint, dass sich die EU-Entscheidung auf ein „fehlerhaftes



Verfahren sowie eine ungenaue und unvollständige Prüfung“ durch die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) gestützt habe und zudem nicht von allen Mitgliedstaaten unterstützt worden sei. Im April hatte sich eine Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten – ohne Österreich (!) – für das Verbot von drei Neonicotinoiden ausgesprochen, die für das Massensterben der europäischen Bienenpopulation verantwort-

lich gemacht werden. Ab Dezember dürfen die Wirkstoffe Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam nicht mehr für den Anbau von Mais, Sonnenblumen, Raps und Baumwolle verwendet werden. Die Sperre gilt für zwei Jahre, in denen mögliche Auswirkungen des Verbots wissenschaftlich untersucht werden sollen, bevor die Maßnahme erneut auf den Prüfstand kommt. **HO**

STUDIE

PHÄNOMEN OBSOLESZENZ

Das deutsche Umweltbundesamt (UBA) hat eine Studie zum Phänomen der Obsoleszenz beauftragt.

Öko-Institut und Universität Bonn sollen untersuchen, ob und wie sich die durchschnittliche Lebensdauer und die Ausfallwahrscheinlichkeit von Elektro- und Elektronikgeräten in den vergangenen Jahrzehnten verändert haben. Unter Obsoleszenz versteht man das vorzeitige Verschleßen oder Altern eines Produktes. Dies wirkt sich auch negativ auf den Ressourcenverbrauch aus. Die Studie will u.a. erforschen, wie lange ein Produkt in Stand bleiben und funktionsfähig sein muss, inwiefern der vorzeitige Defekt eines Produktes durch den Hersteller in Kauf genommen oder sogar bewusst durch eingebaute Sollbruchstellen – als geplante Obsoleszenz – erzeugt wird und wie sich sowohl die Herstellerentscheidungen als auch das Verbraucherverhalten auf die durchschnittliche Produktlebensdauer auswirken. www.umweltbundesamt.de **HO**

Klimaschutz: Das Renewbility-Modell

Eine Studie des Forschungsvorhabens „Renewbility II“ sieht den Verkehrssektor durchaus in der Lage, bis zum Jahr 2030 seine Treibhausgasemissionen deutlich zu verringern – bei positiven volkswirtschaftlichen Effekten. www.renewbility.de www.uba.de

PETITION

„PRO HÜTTEN UND WEGE“

Österreichs alpine Vereine mit ihren über 600.000 Mitgliedern schlagen Alarm.

Sie fordern eine Anhebung der Förderungen für Schutzhütten und Bergwege auf vier Millionen Euro jährlich, um deren nachhaltige Sicherung zu gewährleisten. Auch soll eine gesetzliche Grundlage für die Förderungsmittel aus dem Wirtschaftsministerium geschaffen werden, damit Planungssicherheit entsteht. Die Vereine erhalten die für den Tourismus



Wer pflegt alpine Wege?

wichtigen Schutzhütten und Wege und ermöglichen so eine sichere Benutzung der rund 50.000 km Wanderwege und 475 Hütten mit knapp 25.000 Schlafplätzen. Drei Viertel der Erhaltungskosten werden mit viel ehrenamtlichem Einsatz aus Vereinsmitteln finanziert, für das restliche Viertel braucht es Beiträge der öffentlichen Hand. Während die Kosten – auch aufgrund von Behördenauflagen – ständig steigen, sind die Bundesförderungen seit 1992 dreimal gekürzt worden und betragen 2013 nur mehr 1,5 Millionen Euro. <http://petition.prohuettenundwege.at> **HO**

ALTSTOFF-RECYCLING

EU MAHNT ARA AB

Altstoff Recycling Austria AG (ARA) unter Beobachtung der EU-Kommission.

Die EU-Kommission hat die ARA darüber informiert, dass sie der Auffassung ist, dass das Unternehmen seine beherrschende Stellung auf dem Markt für die Organisation der Entsorgung von Verpackungsabfällen (vor allem aus Kunststoff und Metall) in Österreich missbraucht und Konkurrenten daran gehindert haben könnte, auf diesem Markt Fuß zu fassen oder zu expandieren. Im Falle der Bestätigung, würde dies Wettbewerb und Verbraucher schädigen, gegen EU-Wettbewerbsvorschriften verstoßen und könnte zu einem Beschluss führen, mit dem die EU-Kommission die wettbewerbswidrige Verhaltensweise untersagt und Geldbußen von bis zu zehn Prozent des weltweiten Jahresumsatzes verhängt. **HO**

UVP

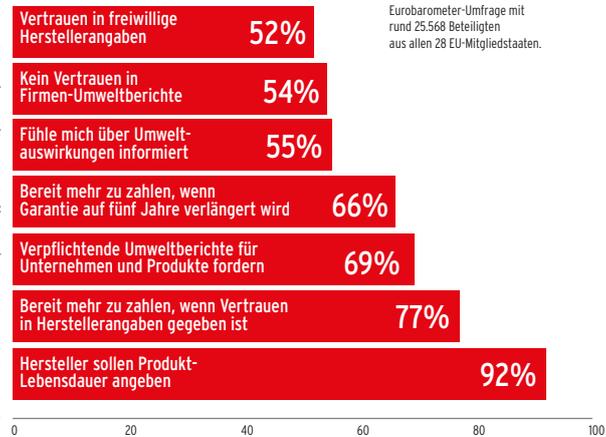
SCHADENERSATZ BEI UNTERLASSUNG

Haftung für Wertminderungen von Liegenschaften und Gesundheitsschäden.

Dies hat der Oberste Gerichtshof (OGH) in einer Entscheidung (GZ 1 Ob 56/13) gegenüber Bund und Land Niederösterreich bestätigt. Die Haftung resultiert aus der nachweislich (mehrfachen) Unterlassung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Ausbauten des Flughafens

WIRTSCHAFT & UMWELT INFO-GRAFIK

UMWELTFREUNDLICHE PRODUKTE



QUELLE: EUROBAROMETER-UMFRAGE, [HTTP://EUROPA.EU/RAPID/PRESS-RELEASE_IP-13-653_DE.HTM](http://europa.eu/rapid/press-release_ip-13-653_de.htm)

Flankierend zur Initiative „Schaffung eines Binnenmarktes für umweltfreundliche Produkte“ hat die EU-Kommission im April 2013 eine Eurobarometer-Umfrage unter rund 25.000 BürgerInnen aus allen 28 Mitgliedstaaten in Auftrag gegeben. Demnach ist die EU-Bevölkerung bereit, bei ihren Kaufentscheidungen auf Umweltaspekte mehr Bedacht zu nehmen. Da umweltfreundliche Produkte nicht immer leicht als solche zu erkennen sind, trauen nur 52 Prozent der Befragten den freiwilligen Herstellerangaben. 69 Prozent fordern verpflichtende Umweltberichte für Unternehmen und Produkte. Mehr als 77 Prozent wären bereit, für Öko-Produkte mehr zu bezahlen, wenn sie auf die Herstellerangaben vertrauen könnten. Zwei Drittel würden mehr für ein Produkt ausgeben, wenn sich im Gegenzug die Garantie auf fünf Jahre verlängern würde. 92 Prozent wollen, dass die Hersteller die Lebensdauer der Produkte angeben müssen. **LEI**

IM DIENSTE DER AUTOMOBILINDUSTRIE

MINISTER BRÜSKIERT EUGH

Die deutsche Bundesregierung hat die autofreundliche Politik ihrer Vorgänger auf die Spitze getrieben und als Erfüllungsgehilfe der deutschen Autohersteller agiert, kritisiert die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH). Zuletzt hat Bundeswirtschaftsminister Rösler in Anbetracht der jüngsten Bundestagswahlen die von der DUH beim EuGH erstrittene Herausgabe interner Akten (Rechtsverordnung Az. C-515/11) verhindert, die laut DUH die enge Abstimmung der Regelung zur Energieverbrauchskennzeichnung von Pkw mit der Automobilindustrie offenbaren. Auf Basis besagter Verordnung wurden schwere, spritdurstige Limousinen wie der Audi Q7 mit hohem Spritverbrauch in eine bessere Effizienzklasse eingestuft als Kleinwagen wie der Citroën C1. www.duh.de **HO**

Smart Meter: „Zwangszähler - Nein, danke!“

Mietervereinigung und Unterstützer der Petition „Zwangszähler - Nein Danke“ erreichten, dass Strombezieher nun „Smart Meter“ ablehnen können! www.mietervereinigung.at/News/841/5024/Smart-Meter-Wahlrecht-wird-bezweifelt

fens Wien-Schwechat. An die 400 AnrainerInnen verlangen für die Wertminderung ihrer Grundstücke wegen der zusätzlichen Lärmbelastigung Schadenersatz, haben ihr Interesse an einer Sammelklage angemeldet und fordern durchschnittlich je 100.000 Euro. Im fortgesetzten Verfahren werden die KlägerInnen konkretisieren müssen, inwieweit die gesetzwidrigen Bewilligungen die Minderung der Verkehrswerte bewirkt haben. Soweit ersichtlich, hat das UVP-Gesetz damals sehr hohe Anrainerschutzstandards enthalten. www.pfr.at/cms/index.php/de/aktuelle-faelle/sammelklage-fluglaerm **HO**



Personenkraftwagen

AKTUALISIERTES ÖKO-RANKING

Der Verkehrsclub Deutschland hat ca. 400 Pkw nach Spritverbrauch, CO₂ pro Kilometer, Lärm, und Emissionen von Luftschadstoffen und Öko-Engagement des Herstellers bewertet. Sieger: VW Eco Up, Seat Mii Ecofuel, Skoda Citigo CNG Green Tec vor Hybride Lexus CT 200h und Toyota Prius. www.vcd.org **FG**

LKW

SCHLUSS MIT ALTEN BRUMMERN Lkw-Fahrverbot in Wien und Teilen Niederösterreichs soll ausgedehnt werden.

Demnach sollen Lkw im Güter- und Werkverkehr mit der Emissionsnorm Euro 1 (Erstzulassung 1992–1996) beginnend ab 1. Jänner 2014 bzw. Euro 2 (Erstzulassung 1996–2000) ab 1. Jänner 2016 nicht mehr fahren dürfen. Ausgenommen sind der öffentliche Dienst, historische Fahrzeuge und Lkw mit kostspieligen Spezialaufbauten bzw. von Kleinstunternehmern und Schaudarstellern. Die AK hat dies begrüßt, da die EU-Kommission beide Bundesländer wegen Nicht-Einhaltung von PM₁₀ und NO₂-Grenzwerten beobachtet und Maßnahmen in diesem Kfz-Segment ein hohes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen. Die AK bezweifelt aber, ob dieses Paket ausreichen wird und bemängelt weiter, dass Taxis völlig vom Immissionsschutz ausgeklammert sind und zu Leerfahrten zwischen Wien und Flughafen-Schwechat gezwungen werden. **FG**

ABFALLBERATUNG

STADT WIEN GEKLAGT Musterurteil gegen prekäre Beschäftigung in der MA 48.

Auf Betreiben der AK Wien hat das Arbeits- und Sozialgericht (ASG) im August die langjährige Praxis der MA 48, die AbfallberaterInnen

nur per Werkvertrag zu beschäftigen, für rechtswidrig erklärt. Konkret hat das ASG festgestellt, dass ein klassisches Arbeitsverhältnis gemäß Vertragsbedienstetenrecht mit allen dort vorgesehenen Rechten vorliegt. Das Urteil ist mittlerweile rechtskräftig. <http://wien.arbeiterkammer.at/>

service/presse/AK_gewinnt_Verfahren_gegen_Scheinselbstaendigkeit.html Leider hat die rechtliche Klärung nicht zu einem Einlenken der Stadtverantwortlichen geführt, obwohl die AbfallberaterInnen im übrigen Österreich „angestellt“ sind. Ganz im Gegenteil: Die Sache ist



STRESS IN DER ARBEIT: VIELE GUTE TIPPS ARBEITSSTRESS LASS NACH

Stress ist eine der am weitesten verbreiteten Folgen der Arbeitsbelastungen in der heutigen Arbeitswelt. Immer mehr ArbeitnehmerInnen haben zunehmend Mühe, die von ihnen verlangte Arbeitsleistung in der geforderten Zeit zu erbringen. Daher muss die Qualität des Arbeitsplatzes stimmen, damit Arbeit nicht krank macht. Seit 1. Jänner 2013 regelt das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG) die verbindliche Ermittlung und Beurteilung von psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Die AK-Broschüre „Psychische Belastung und Stress in der Arbeitswelt. Ursachen, Folgen, Lösungen“ beschreibt die Belastungen, definiert Stress und seine Faktoren, analysiert die Folgen wie Burnout, Mobbing, Gewalt am Arbeitsplatz oder Unfälle und Krisensituationen und gibt entsprechende Hilfestellung und Tipps, diesem Massenproblem zu begegnen. www.arbeiterkammer.at/service/broschueren **LEI**

Winterzeit: Freiheit für Heizkörper!

Die Heizsaison ist nah: Daher Heizkörper befreien, Fenster dichten, Zimmertemperatur der Nutzung anpassen, Stoßlüften statt Fensterkippen. So lassen sich bei angenehmem Raumklima Heizenergie und Geld sparen. www.umweltberatung.at

Erneuerbarer Strom überholt Atomstrom

Die Internationale Energieagentur (IEA) prognostiziert in ihrem mittelfristigen Marktbericht Erneuerbare Energien (MTRMR), dass bis 2016 der weltweit aus erneuerbaren Energiequellen erzeugte Strom den jeweiligen Anteil von Gas- und Atomstrom überholen wird. www.iea.org

weiter eskaliert: <http://abfallberatung.blogspot.co.at>. Die vier – von ursprünglich 32 – verbliebenen AbfallberaterInnen wurden auf andere Dienststellen in der Geschäftsgruppe von Umweltstadträtin Sima „verstreut“. Zudem wurden sie entgegen ihrer bisherigen Tätigkeit mindereingestuft, so dass es bald die nächste Klage geben könnte. **HO**

FLUGGASTRECHTE

BESSER AM BODEN BLEIBEN?

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag zur Änderung der Fluggastrechte-Verordnung (Nr. 261/2004) vorgelegt.

Obwohl dieser auch positive Ansätze enthält, etwa ein Teilverbot der sogenannten No-Show-Politik (Aufpreis oder keine Beförderung bei Inanspruchnahme des Rück-



aber nicht des Hinfluges), sind überwiegend Verschlechterungen für Passagiere zu erwarten. Die Kommission will etwa bei Verspätungen die Fristen, nach denen Fluggästen eine Ausgleichsleistung zusteht, je nach Entfernung des Flugziels auf bis zu zwölf Stunden anheben, obwohl der EuGH diese Frist mit drei Stunden festgelegt hat. Ferner

würde die Pflicht der Airlines, „gestrandete“ Fluggäste bei außergewöhnlichen Umständen (z.B. Aschewolke) zu betreuen, enorm eingeschränkt (Hotelunterbringung max. drei Nächte à 100 Euro). Die AK kämpft weiter gegen die geplanten Verschlechterungen an. **JL**

VERKEHRSLÄRM

BETROFFENE JE GEMEINDE VERFÜGBAR

Die aktuellen Betroffenenzahlen nach Gemeinde und Verkehrsträger sind aufgeschlüsselt öffentlich verfügbar.

Und zwar so, wie sie für die kürzlich präsentierten Lärmaktionspläne österreichweit erhoben worden sind. Das geht auf ein Ersuchen der AK unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz zurück, das die zuständigen Ministerien erfreulicherweise gleich mit einer Veröffentlichung auf www.laerminfo.at/massnahmen/aktionsplaene/gemeindeauswertung.html beantwortet haben. Die Daten müssten gemäß § 6 Abs 3 und 4 Bundes-LärmV erhoben werden und liegen für jede Gemeinde und getrennt für Schiene, Flughäfen und Autobahnen und Schnellstraßen, auch für niederrangigere, aber vielbefahrene Straßen vor, sofern sie von der Lärmaktionsplanung 2013 erfasst sind. Was noch fehlt, ist die detaillierte Ausweisung von Objekten mit besonderem Ruheschutzanspruch wie z.B. Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und von ruhigen Gebieten. **HO**

INTERVIEW MIT FREDERIC CUVILLIER FRANKREICH: ÖKOMAUT FÜR LKW

Ab 1. Jänner 2014 gilt in Frankreich die „Ecotaxe Poids Lourds“. Diese Ökosteuern bemautet elektronisch und fahrleistungsabhängig alle Lkw auf einem 10.000 km langen Netz von Autobahn- und Bundesstraßen sowie einem 5.000 km langen Straßennetz von regionalen Gebietskörperschaften.

Was bringt diese fahrleistungsabhängige „Ecotaxe“ für die Umwelt?

Cuvillier: Die Ökosteuern leitet einen positiven Kreislauf ein. Aus Umweltsicht wird ein Preissignal gesetzt, das Verhalten zugunsten von nachhaltigeren Verkehrsträgern zu ändern. Die Abgabe lastet einem Benutzer die Kosten an, die er für die Straßenbenutzung verursacht. Dabei erzielte Einnahmen können auch zur Finanzierung von Infrastruktur bei der Schiene und in der Binnenschifffahrt beitragen. Da Leerfahrten von Lkw auch betroffen sind, werden die Transporteure angehalten, ihre Routen rationaler zu gestalten.

Warum machen die regionalen Gebietskörperschaften mit? Und: Was haben sie davon?

Cuvillier: Die Gesamteinnahmen machen 1,2 Milliarden Euro aus. Der Anteil von 160 Millionen Euro, der vom Lkw-Verkehr auf den Straßen von

Gemeinden und Départements stammt, ist für die zuständigen Gebietskörperschaften reserviert, die ja auch das Straßennetz instandhalten müssen. Bei bestimmten Strecken werden dadurch auch Lkw-Mautausweichverkehre von den Autobahnen verhindert.

Sind elektronische Mautsysteme auch für lokale und regionale Straßen machbar und wie funktionieren sie?

Cuvillier: Ja. Dies wird durch ein barrierefreies und immaterielles Mautsystem ermöglicht. Auf den mautpflichtigen Routen sind digitale Punkte definiert. Sobald diese Straßen befahren werden, wird der Lkw geortet und es erfolgt die Fakturierung für einen Abschnitt von maximal fünf Kilometern. Was die Lkw selbst betrifft, müssen diese mit einer GPS-Box ausgestattet sein, die eine automatische Detektion bei den digitalen Punkten sicherstellt.



* Frédéric Cuvillier ist seit 2012 „Beigeordneter Minister für Verkehr und maritime Wirtschaft im Ministerium für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Energie“ in Frankreich.

Elektroschrott: Weltweit belastend

80 Prozent der recycelbaren Elektroaltgeräte der Industriestaaten landen in Entwicklungsländern. Dort riskieren tausende Kinder beim „Entsorgen“ ihre Gesundheit für einen Hungerlohn: 1 Euro für eine Tagesausbeute von ½ Kilo Kupferkabel. www.ilo.org

In der Verkehrs- und Umweltpolitik geht es um zukunftsfähige Rahmenbedingungen für alle. Öffentliche Daseinsvorsorge, Klimaschutz, Rechtssicherheit und demokratische Kontrolle sind wesentliche Elemente für eine aktive und verlässliche Politik auf nationaler und EU-Ebene. Daran wird auch die neue Regierung zu messen sein.

VON SYLVIA LEODOLTER*

Zeit für nachhaltige Impulse



ZUSAMMENFASSUNG:

Ökologische Verantwortung, Bekenntnis zu öffentlichen Dienstleistungen und soziale Gerechtigkeit sind gefragt. Eine Offensive für den Öffentlichen Verkehr, die Sicherung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Verkehrs- und Umweltsektor, die Erhaltung der öffentlichen Wasserversorgung und konsequente Maßnahmen gegen Verkehrslärm und Luftverschmutzung müssen aus ArbeitnehmerInnen-sicht Eingang in das nächste Regierungsprogramm finden.

Umwelt- und verkehrspolitische Themen sind nicht gerade ein Wahlkampfschlager, wenn man von dem verzichtbaren Ruf nach Privatisierung der ÖBB absieht. Das ist auch gut so, denn gerade wenn es um zentrale Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung, Abfallentsorgung, Öffentlicher Verkehr (ÖV) oder um Weichenstellungen für eine nachhaltige Wirtschaft geht, braucht es eine konsistente, langfristig orientierte Politik, die sich nicht an Wahlzyklen orientiert. Aus ArbeitnehmerInnen-sicht sind die Prioritäten dabei klar: Es geht um die Erhaltung und den Ausbau der Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung, es geht um die Sicherung der Beschäftigung und der Arbeitsbedingungen im Verkehrs- und Umweltsektor, und es geht um einen schonenden und nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen.

Daraus ergeben sich auch die konkreten Forderungen für die nächste Legislaturperiode.

ÖV-OFFENSIVE

Wer nicht mobil ist, kann am sozialen und öffentlichen Leben kaum teilnehmen und ist in seinen Arbeitsmarktchancen eingeschränkt. Vor dem Hintergrund der klimapolitischen nationalen und europäischen Ziele und den steigenden Preisen für fossile Treibstoffe ist die Sicherstellung leistbarer Mobilität nur mit einer Offensive für den ÖV möglich. Um die Rahmenbedingungen dafür zu verbessern, ist mehr Kostenwahrheit zwischen Schiene und Straße, sowohl beim Personen- als auch beim Güterverkehr, notwendig. Ziel ist ein österreichweiter, integrierter Taktverkehr auf der Basis von einheitlichen Versorgungsstandards und des Ausbaus der dazu notwendigen Infrastruktur

(materiell und immateriell). Dazu gehören auch ein österreichweites Tarif-, Ticket- und Fahrgastinformationssystem sowie einheitliche und sozial gerechte Ermäßigungen sowie Barrierefreiheit beim Zugang und der Nutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel und der Ausbau der Fahrgastrechte.

ÖBB STÄRKEN

Kein Sozial- und Qualitätsdumping durch Liberalisierung! Im Zusammenhang mit der nach neoliberalen Credo massiv vorangetriebenen Liberalisierung und Privatisierung auch im Verkehrssektor sind vermehrte Anstrengungen erforderlich, damit der ÖV attraktiver wird und weiterhin Arbeitsplatzsicherheit und faire Arbeitsbedingungen bietet. Die ÖBB sind ein unverzichtbarer Teil des öffentlichen Eigentums, und können umfassende Verkehrsdienstleistungen nur

* Mag. Sylvia Leodolter ist Ökonomin und Leiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr in der AK Wien.

Regierungsprogramm 2008-2013

Als Orientierung und Messlatte für die künftige Regierung ist das vergangene Regierungsprogramm durchaus lesenswert – im Umweltbereich blieb trotz vager Formulierungen vieles offen. www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966





ÖV-Offensive statt Dornröschenschlaf .

erbringen, wenn sie integriert bleiben. Eine Privatisierung der ÖBB ist daher auf jeden Fall zu verhindern, das gilt auch für den Verkauf bestehender Unternehmensteile oder Teilunternehmen.

Damit ein fairer Wettbewerb im ÖV überhaupt denkbar ist, muss der Staat einheitliche und verbindliche Regeln für alle Verkehrsunternehmen im Hinblick auf technische Anforderungen, Ausbildungsstandards, Bau-, Betriebs- und Sicherheitsstandards schaffen – hier besteht noch Nachholbedarf. Ebenso wichtig ist die Verhinderung von Sozial- und Qualitätsdumping im Verkehrsbereich: Für jegliche Form von Verkehrsbestellung (Direktvergabe und Ausschreibung) müssen Qualitäts- und Sozialkriterien österreichweit verbindlich verankert werden. Bei Ausschreibungen müssen arbeitnehmerfreundliche Regelungen für den Betriebsübergang

gelten. Es muss auch klar sein, dass die sozialen und ökologischen Wirkungen eines flächenhaften ÖV-Angebots eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln rechtfertigen.

Es gibt aber auch andere „Verkehrs-Baustellen“, an denen die Politik in den kommenden Jahren dringend weiterarbeiten sollte, um das Verkehrssystem klimaverträglich und ressourcenschonend weiterzuentwickeln. Es braucht eine konsequente Offensive für den Güterverkehr, die zu einer Verlagerung auf die Schiene und Schifffahrt führt und die Maßnahmen von der Erhöhung der Lkw-Maut bis zu strengen Kontrollen der Sozialvorschriften auf der Straße oder zu einer Reform der Anschlussbahnförderung bündelt. Der gepriesene Wettbewerb im Verkehr wird derzeit zum Großteil auf dem Rücken des Fahrpersonals ausgetragen. Ob es sich um das

weiter auf Seite 12 →

Gesamtverkehrsplan für Österreich

Die Leitlinien des BMVIT für die österreichische Verkehrspolitik bis 2025 sollen ein „sozialeres, sichereres, umweltfreundlicheres und effizienteres Verkehrssystem“ schaffen. www.bmvit.gv.at/verkehr/gesamtverkehr/gvp/downloads/gvp_gesamt.pdf

BILANZ MÜHSAME SCHRITTE

In der vergangenen Legislaturperiode sind – meist nach langem, zähem Ringen – doch wichtige Fortschritte erzielt worden. Dazu zählen etwa neue Rahmenbedingungen für die Verpackungssammlung, erste Schritte zur Einbeziehung von Off-Road-Maschinen in die Feinstaubbekämpfung, neue Grundlagen für die Umwelthaftung und breiter Konsens zur öffentlichen Wasserversorgung. Es gibt aber auch Bereiche, in denen keine Ruhmesblätter beschrieben wurden und erhebliche Rechtsunsicherheiten bestehen, wie etwa bei der Umweltverträglichkeitsprüfung, im Wasserrecht – Stichwort unzureichende Verbindlichkeit des Kriterienkatalogs Wasserkraft – oder im Lärmschutz. Die Verhandlungen um das Energieeffizienzgesetz, das mit ambitionierten Zielen startete, scheiterten kläglich. Die völlig unkoordinierte Umsetzung der Industrieemissions-Richtlinie in zahlreichen Umweltmaterien hat wieder mit aller Deutlichkeit das Fehlen

eines einheitlichen Anlagenrechts gezeigt. Im Verkehrsbereich wurde die Finanzierung des Öffentlichen Verkehrs (ÖV) mit dem langfristig orientierten gemeinwirtschaftlichen Leistungsvertrag auf neue Beine gestellt, wurden die Fahrgastrechte im ÖV erstmals verankert und verbessert und die Ökologisierung der Lkw-Maut vorangetrieben. Auch in der Verkehrssicherheit oder im Eisenbahnrecht – Stichwort neue, für alle Unternehmen verbindliche Ausbildungsvorschriften – kam es zu positiven Weichenstellungen. Während die Verkehrsinfrastruktur weiter zügig ausgebaut wurde, sind die Verhandlungen für zentrale Regeln für einen fairen Wettbewerb und hohe Sicherheitsstandards im Eisenbahnrecht noch nicht abgeschlossen. Zudem bedrohen die EU-Forderung nach Liberalisierung und der faktische Vorrang für den Straßenverkehr nationale Bemühungen in Richtung Verlagerung und Attraktivierung des ÖV.



Ausflagen österreichischer Frächter in Niedriglohnländer handelt oder die Aufweichung gesetzlicher Vorschriften – alle Maßnahmen verfolgen das primäre Ziel der Minimierung der Personalkosten im Straßengüterverkehr. Deshalb muss die Schaffung sicherer und guter Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im (Straßen)Verkehr eine Leitlinie der kommenden Jahre werden.

LÄRM UND LUFT

Mehr Transparenz, klare Prioritäten und Verbindlichkeit sind hier nötig! Verkehrslärm beeinträchtigt die Lebensqualität und die Gesundheit der BürgerInnen. Lärm ist auch ein soziales Problem. Eine Wohnumgebung, die Ruhe und Erholung ermöglicht, ist nicht für jeden leistbar. Bei der Lärmreduktion haben fahrzeugseitige Maßnahmen (Schiene, Straße, Flugzeug) Priorität. Aber die

Verkehrszunahmen „fressen die technischen Verbesserungen am Fahrzeug auf“. Gefordert ist die Überarbeitung des Bundes-Umgebungsärmgesetzes und ein neues Bundes-Verkehrslärmschutzgesetz, das bundeseinheitliche verpflichtende, am Gesundheitsschutz orientierte Grenzwerte, Schwellwerte gemäß dem Vorsorgeprinzip sowie die Verankerung des Verursacherprinzips vorsieht. Klare Vorgaben für Bestandssanierung und laufende Lärminderung im Betrieb sowie eine Koordinationsverpflichtung für Bund und Länder sind nötig. Lärmaktionspläne müssen die Problemzonen, in denen viele Menschen stark belastet sind, konkret benennen und wirksame Lärmschutz-Maßnahmen und Entlastungsziele für die nächsten fünf Jahre enthalten. Maßnahmen wie Fensterförderungen müssen kundenfreundlich und niederschwellig ausgestaltet werden.

Maßnahmen gegen Feinstaub- und Stickoxidbelastung sind dringend erforderlich! Schlechte Luftqualität reduziert die Lebenserwartung der ÖsterreicherInnen im Schnitt um sechs Monate. Vor allem bei Feinstaub und Stickoxiden besteht Handlungsbedarf. Eine Schlüsselrolle kommt auch hier dem Verkehr zu. Daher ist eine konsistente Strategie des Bundes notwendig, die Stickoxid-Emissionen deutlich reduziert und die Bundesländer bei ihren Verantwortlichkeiten im Rahmen des Immissionschutzgesetz-Luft (IG-L) wirksam ergänzt. Synergieeffekte mit dem Klima- und Lärmschutz sowie die Vermeidung von besonders gefährlichen Feinstaub-Fraktionen (z.B. Dieselruß) sind anzustreben. Die wichtigsten Ansatzpunkte sollen dabei der gewerbliche Verkehr, Off-Road-Maschinen, ein konsequenter Ausbau von Fernwärme und Erdgas, die Vermeidung von Feinstaub

(„sekundärer Feinstaub“) aus landwirtschaftlicher Produktion und Lkw-Maut-Zuschläge entsprechend der neuen EU-Richtlinie bilden.

WASSER UND ABFALL

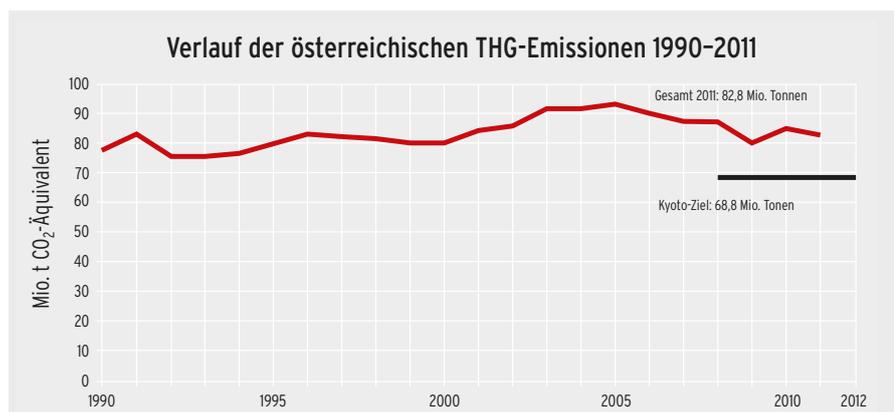
Trotz ernüchternder Erfahrungen mit der Privatisierung der Wasserversorgung weisen EU-Initiativen wiederholt in Richtung Liberalisierung. Der jüngste Anlauf konnte dank des Erfolgs von über 1,7 Millionen Stimmen für die Europäische Bürgerinitiative „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht“ gestoppt werden. Nun gilt es, die Versorgung mit Wasser sowie anderen öffentlichen Dienstleistungen durch die öffentliche Hand nachhaltig abzusichern. Sowohl für den weiteren Ausbau der Wasserkraft, als auch hinsichtlich der Gewässerökologie liegen die bisherigen Umsetzungen weit hinter den Plänen. Insbesondere bei Kraftwerksplanungen ist mit einer Verschärfung von Zielkonflikten zu rechnen. Es braucht daher eine strategische, österreichweite Planung, welche sowohl klima-, energie-, umwelt- und gesellschaftspolitische Aspekte berücksichtigt.

Umweltpolitisch geboten ist auch eine konsequente Abfallpolitik. In Sachen Abfallvermeidung (z.B. Förderung von Mehrweggetränkeverpackungen) fehlen noch immer wirksame Maßnahmen und verbindliche Vorgaben. Die kürzlich beschlossene AWG-Novelle Verpackungen ermöglicht einen grundlegenden Systemwandel in Richtung Wettbewerb. Dieser muss aber erst im Detail umgesetzt werden, damit es zu Entlastungen für die KonsumentInnen kommt. □

TREIBHAUSGASE

WENIG GLANZ IN ÖSTERREICHS KLIMAPOLITIK

In der Kyoto-Periode 2008 bis 2012 sollte Österreich im Schnitt jährlich nicht mehr als 68,8 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente an Treibhausgasen (THG) emittieren. Tatsächlich wurden 2011 aber 82,8 Millionen Tonnen Treibhausgase emittiert – ein Anstieg um sechs Prozent gegenüber dem Kyoto-Basisjahr. Das Einzige, was die Bilanz ein wenig verbessert, ist der leichte Rückgang an Emissionen aufgrund der Wirtschaftskrise. Problematisch bei den bestehenden Instrumenten der Klimapolitik (Klimaschutzgesetz, Klima- und Energiefonds) ist vor allem, dass sie sich einer fundierten Evaluierung entziehen und verteilungspolitische Aspekte zur Gänze vernachlässigen.

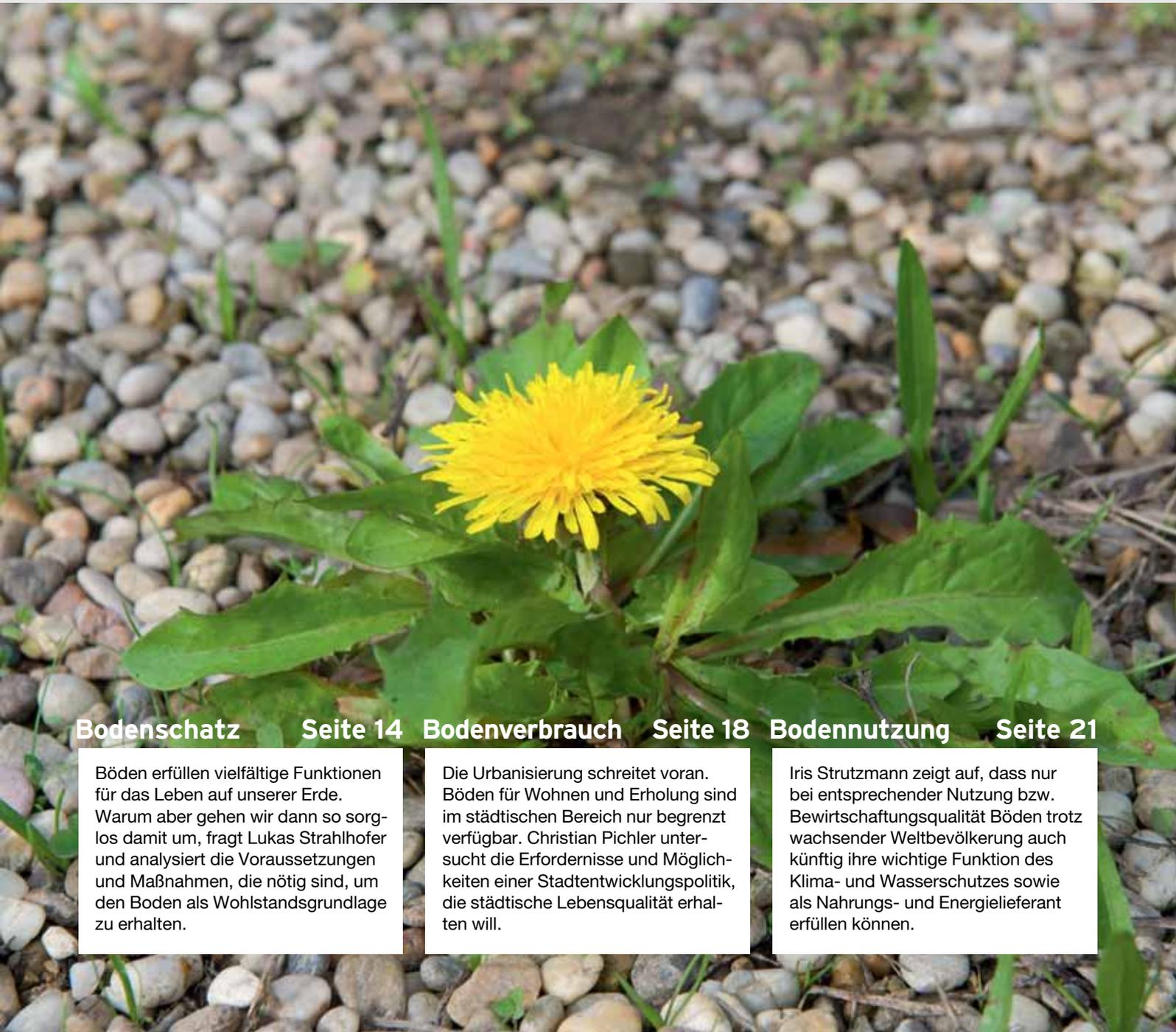


QUELLE: UMWELTBUNDESAMT

FOTO: SCHUH (1)

SCHWERPUNKT KNAPPER BODEN

Böden sind Lebensgrundlage und Lebensraum. Doch die Ressource Boden ist nur beschränkt verfügbar. Sorgsamer Umgang mit dem Boden ist nötig, sonst sind Nutzungskonflikte, Verarmung von Mensch und Natur vorprogrammiert.



Bodenschatz

Seite 14

Böden erfüllen vielfältige Funktionen für das Leben auf unserer Erde. Warum aber gehen wir dann so sorglos damit um, fragt Lukas Strahlhofer und analysiert die Voraussetzungen und Maßnahmen, die nötig sind, um den Boden als Wohlstandsgrundlage zu erhalten.

Bodenverbrauch

Seite 18

Die Urbanisierung schreitet voran. Böden für Wohnen und Erholung sind im städtischen Bereich nur begrenzt verfügbar. Christian Pichler untersucht die Erfordernisse und Möglichkeiten einer Stadtentwicklungspolitik, die städtische Lebensqualität erhalten will.

Bodennutzung

Seite 21

Iris Strutzmann zeigt auf, dass nur bei entsprechender Nutzung bzw. Bewirtschaftungsqualität Böden trotz wachsender Weltbevölkerung auch künftig ihre wichtige Funktion des Klima- und Wasserschutzes sowie als Nahrungs- und Energielieferant erfüllen können.

Wir messen den Wert des Bodens oft in Geld. Wir können seinen Wert auch in Hektar ausdrücken. Aber ist der Boden nicht viel mehr als die Summe seiner Bestandteile und seiner örtlichen Lage – die Grundlage unseres gesamten Wohlstands? Warum gehen wir dann so leichtfertig damit um? **VON LUKAS STRAHLHOFER***

Der Boden unseres Wohlstands



ZUSAMMENFASSUNG:

Böden erfüllen vielfältige Funktionen für das Leben auf unserem Planeten. Für uns Menschen ist Boden überdies eine Basis wirtschaftlicher Entwicklung und materiellen Wohlstands. Als begrenzte Ressource unter beschleunigter Verknappung steht er aber zunehmend im Zentrum unterschiedlichster Nutzungskonflikte, deren Lösung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt. Welchen Weg schlagen wir ein?

***DI Lukas Strahlhofer, MSc** ist Wasserwirtschafter, Umweltmanager und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

Böden sind Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen. Nach unten durch festes oder lockeres Gestein und nach oben durch eine Vegetationsdecke sowie die Atmosphäre begrenzt, leisten sie einen Großteil der stofflichen Umbau- und Abbauprozesse im Naturhaushalt. Böden dienen auch als wichtige Filter, Puffer und Speicher für den Wasser- und Stoffhaushalt: Nach den Weltmeeren sind sie der zweitgrößte Kohlenstoffspeicher der Biosphäre und daher von entscheidender Bedeutung für den globalen CO₂-Haushalt. Ein Quadratmeter organischer Boden ist zudem in der Lage, Wasser bis zur fünffachen Menge des eigenen Gewichts aufzunehmen – und hat daher eine wichtige Rolle im Schutz vor Überflutungen. Für uns Menschen sind Böden darüber hinaus eine wichtige Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung und materiellen Wohlstands: Sie sind Basis der Entwicklung von Städten, Dörfern, Gewerbegebieten und Verkehrsinfrastrukturen, dienen als Lagerstätten für Bodenschätze und Energiequellen, sind Grundlage der gesamten Land- und Forstwirtschaft und nicht zuletzt bewahrendes Archiv der Natur- und Kulturgeschichte. Böden stellen allerdings auch begrenzte Ressourcen dar, die durch die vielen Formen von Belastungen durch uns Menschen irreversibel verbraucht beziehungsweise zerstört werden. In Mitteleuropa be-

nötigt die natürliche Neubildung einer fünfzig Zentimeter tiefen Bodenschicht rund 10.000 Jahre.

UMKÄMPFTE RESSOURCE

Die begrenzte Verfügbarkeit von Böden führte schon immer zu verschiedensten, meist sehr emotional geführten Nutzungskonflikten bis hin zu kriegerischen Handlungen. Zweifellos eine Form des dauerhaft ausschließenden Wettbewerbs stellt dabei die klassische Nutzung als Siedlungsflächen oder befestigte Verkehrsflächen dar, weil hierbei alle weiteren, oben genannten Funktionen von Böden für mehrere Generationen (irreversibel) ausgeschaltet werden. Daneben gibt es aber auch (agrar) ökonomische, ökologische sowie soziale Konflikte hinsichtlich verschiedener Formen der Bodenbewirtschaftung, da diese die einzelnen Bodenfunktionen ebenfalls ungleich bis konträr beeinflussen. Lebhafteste Beispiele solcher Auseinandersetzungen aus aller Welt sind Ackerbau versus Weidewirtschaft (z.B. in Darfur), Genmais versus konventionelle Sorten, Landwirtschaft versus ökologische Ausgleichsflächen sowie Nahrungsmittel versus Energiepflanzen. Und wenn es auch hierzulande so manche gern verleugnen: Angesichts der globalisierten Welt, in der wir heute leben, gilt für viele dieser Bewirtschaft-

weiter auf Seite 16 →



Boden ist eine umkämpfte Ressource: Wohnraum, Erholung, Mobilität ...

FOLGEN EXTREMER BODENAUSBEUTUNG NAURU – FERNE INSEL ALS MAHNENDES BEISPIEL

Die kleine Pazifikinsel Nauru wurde in den 1970er Jahren (gemessen am BIP pro Einwohner) innerhalb weniger Jahre nach Saudi-Arabien das zweitreichste Land der Erde. Vormalig überwiegend einfache Fischer und landwirtschaftliche Selbstversorger, waren die damals rund 8.000 EinwohnerInnen plötzlich fast alle Dollar-Millionäre. Der schnelle Reichtum Naurus basierte jedoch nicht etwa auf Erdöl, sondern auf dem Boden der Insel, welcher aufgrund seines äußerst hohen Phosphatanteils schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts einen weltweit begehrten Grundstoff in der Düngemittelindustrie darstellte. Der Wohlstand Naurus selbst hielt aber erst nach der Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Australien in den 1970ern Einzug; es wurden Schulen gebaut und eine kostenlose Gesundheitsversorgung für alle geschaffen. Die mit der „grünen Revolution“ in der Landwirtschaft einhergehenden Preisanstiege für Phosphat machten aber stetig Lust nach noch mehr und verleiteten dazu, immer mehr des fruchtbaren Bodens der Insel

abzutragen. Denn warum sollte man darauf noch weiterhin selbst Ackerbau und Forstwirtschaft betreiben, wenn man sich vom Abbau problemlos den Import von Gourmetkost und Luxusartikeln leisten konnte? Schließlich leistete sich der Kleinstaat sogar eine eigene Fluggesellschaft wie auch Reederei und gewährte weitgehende Steuerfreiheiten – was die Insel zusätzlich interessant für dubiose internationale Finanzgeschäfte machte. Diese wollte die Regierung Naurus auch dazu nutzen, die finanziellen Erträge möglichst gewinnbringend für die Zeit nach dem Ende des Phosphatabbaus um die Jahrtausendwende zu veranlagern. Heute ist von all dem materiellen Wohlstand jedoch weniger übrig als jemals zuvor – das gesamte Geld wurde aufgrund von Korruption, Misswirtschaft und riskanter Finanzgeschäfte noch schneller verspielt als der Boden der

Insel zuvor abgebaut. Nauru fiel auf den Status eines Entwicklungslandes zurück – und ist nun zusätzlich mangels noch bestehender Möglichkeiten für eine eigene Landwirtschaft auch völlig von Lebensmittelimporten aus tausenden Kilometern Entfernung abhängig. Ein



verzweifelter Versuch der Renaturierung mit importiertem Humus musste aufgrund der großen Fläche wieder aufgegeben werden. Was heute bleibt, ist ein lediglich 150 bis 300 Meter breiter bewohnbarer Küstenstreifen vor

einer weitgehend öden Mondlandschaft aus Korallenresten und ein australisches Internierungslager für Flüchtlinge als wichtigste Staatseinnahme. Nauru ist sicherlich historisch und lokal bedingt ein Extrembeispiel. Als Mikrokosmos macht es aber zeitlich komprimiert doch sehr deutlich, wohin mangelndes Bewusstsein über den eigentlichen Wert von Boden führen kann.

SCHWERPUNKT

KNAPPER BODEN

→ tungskonflikte zusätzlich das Problem „indirekte Landnutzungsänderung“ in Betracht zu ziehen. Paradebeispiel hierfür ist die weltweite Biotreibstoffproduktion, die immer mehr Anbauflächen für Lebensmittel in ökologisch sensible Gebiete wie Regenwälder verdrängt.

BODENVERBRAUCH

Am anschaulichsten zeigt sich Bodenverbrauch in Österreich an derasant voranschreitenden Flächenversiegelung. Bis vor einigen Jahrzehnten war noch der Kirchturm, eine Burg, eventuell auch ein Schornstein oder Getreidesilo der markanteste Blickfang vieler Ortschaften. Heute wird man hingegen von der stolzen Marktgemeinde aufwärts bereits an den extravaganten Kreisverkehren der Ortseinfahrt von überdimensionalen, nachts romantisch gelb beleuchteten Einkaufssackern, noch gigantischeren roten Stühlen, kurvigen M's und Co. eingeladen, doch gleich ins neue „Geschäfts- und Kommunikationszentrum“ der Region – der imposanten Shopping-Mall auf der vormals grünen Wiese – zu kommen: Parkplätze für Hundertschaften und alle westlichen Markentrends garantiert. Entschließt man sich dann doch, den „historischen“ Ortskern zu besuchen, wähnt man sich häufig in einem Freilichtmuseum inklusive „Übriggebliebener“ als Protagonisten meist älteren Semesters. Wer von den jungen BewohnerInnen keine Anstellung im Gewerbegebiet am Ortseingang gefunden hat, sucht mangels Alternativen sein Glück am Arbeitsmarkt längst in den größeren Ballungszentren.

Umgekehrt verweisen aktuelle Jugendstudien darauf, dass sich immer mehr junge Menschen in den Städten nach einem (Einfamilien-)Haus im vor-

zugsweise stadtnahen, da arbeitsnahen Grünen sehnen. Gerade in Hinblick auf den Mangel an für Jungfamilien geeignetem, leistbarem Wohnraum in den Zentren ist dies ein sehr nachvollziehbarer Wunsch. Wachsen nun aber die Speckgürtel aufgrund der anhaltenden Suche nach günstigem Bauland immer mehr in die Breite, kommen zusätzliche Kosten für öffentliche Infrastrukturen hinzu. Dabei werden auch die Rufe nach den Umfahrungen der Umfahrungsstraßen noch länger nicht verhallen. Wenn für das freie Auge nicht unbedingt so sichtbar wie die Bodenversiegelung, so tragen jedoch auch andere Bereiche kräftig zu anhaltendem Verlust und dauerhafter Zerstörung von Böden bei. Hierzu zählen die (diffuse) Kontamination mit Schwermetallen aus der Industrie sowie Pestiziden und Düngern aus der Landwirtschaft, tief reichende (irreversible) Bodenverdichtung mit schweren Landmaschinen, oder großflächige Bodenerosion aufgrund nicht standortgerechter Bodenkultivierung. Zusammengefasst zeigt sich, dass Bodenverlust ein gesamtgesellschaftliches Problem und Bodenschutz somit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

BODENSCHUTZ

Als Verbindung zwischen Wasser, Luft und Erde ist Boden eine Querschnittsmaterie, die von verschiedenen gesetzlichen Regelungen (auch je nach Bodentyp) in unterschiedlichem Ausmaß unter Schutz gestellt wird. Eigentlich wäre Bodenschutz hierzu lande sogar bereits seit 1984 als Teil des umfassenden Umweltschutzes verfassungsrechtlich verankert (BGBl Nr. 491/1984).

Mit Ausnahme von Waldböden – die flächendeckend durch das Forstgesetz auf Bundesebene geschützt sind – verdeutlicht die in allen anderen Bereichen anhaltende Situation leichtfertigen Bodenverbrauchs jedoch wieder einmal, wie rechtlich zahnlos Verfassungsbestimmungen in Österreich sein können.

EIGENVERANTWORTUNG

Wissenschaftliche Schätzungen gehen in Österreich von 380.000 Hektar erosionsgefährdeten Landwirtschaftsflächen aus, das sind rund acht Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Der potentielle Bodenabtrag beträgt dabei etwa 8 Millionen Tonnen Feinboden sowie 160.000 Tonnen organische Substanz pro Jahr. Hauptursachen: Nicht standortgeeignete Bewirtschaftung und fehlender Erosionsschutz.

Das Problem dabei liegt wieder einmal im Föderalismus. Während man etwa im nicht so kleinen Deutschland den Bodenschutz durch ein bundesweites Gesetz regelt, ist man in Österreich weiterhin fest davon überzeugt, dass burgenländische Böden rein gar nichts mit steirischen Böden und schon überhaupt nichts mit niederösterreichischen Böden gemein haben, was eine einheitliche Regelung verhindert. Das vorherrschende Kompetenz-Wirrwarr, verschiedene Länder-Bodenschutzgesetze sowie eine Vielzahl weiterer bodenschutzrechtlicher Regelungen schwächen effektiven Bodenschutz.

Das Problem der unterschiedlichen Zuständigkeiten besteht aber auch in anderen EU-Ländern. Zur Lösung legte die EU-Kommission 2007 einen Vorschlag zu einer einheitlichen EU-Bodenschutzrichtlinie vor. Auch wenn dieser das Problem der Bodenversiegelung aufgrund der subsidiären Zuständigkeiten durch die Raumordnung leider weitgehend ausgespart, so sah der von der AK unterstützte Entwurf der Kommission dennoch vor, Prioritätsgebiete des Bodenschutzes auszuweisen und eine Basis für konkrete Maßnahmen, ein Meldesystem an die EU sowie einen Rahmen für Sanktionen zu schaffen. Großbritannien, Frankreich, Deutschland, die Niederlande und Österreich (nach Beschluss der Bundesländerkonferenz) lehnten den Vorschlag allerdings letztlich ab. „Zu aufwendig, zu teuer, zu bürokratisch, unnötig“, argumentierten die vehementesten Gegner – die Agrarlobbys der Länder. Ob hier nicht doch viel eher die Angst vor mehr dahinter steckte? Denn

Bodenversiegelung

Laut Umweltbundesamt werden in Österreich täglich 7 Hektar Boden (10 Fußballfelder) mit Gebäuden und Straßen verbaut. Inklusiv Sport- und Abbauflächen beträgt der Verlust an biologisch produktiver Fläche sogar 22 Hektar täglich.

Verborgenes Leben

Ein Hektar natürlicher Boden von 30 Zentimetern Tiefe beherbergt rund 25 Tonnen Lebewesen (Bakterien, Pilze, Würmer, Kriechtiere). In Masse gibt es hier somit vielfach mehr Leben als auf der Landoberfläche.

Irreversibilität

Darunter versteht man die Unumkehrbarkeit von Veränderungen für einen Mindestzeitraum von 100 Jahren. Irreversible Bodenveränderungen sind Versiegelung, Rohstoffabbau, Erosion, Schwermetallbelastung, massive Bodenverdichtung.



” WENN MAN SCHON VON LEISTUNGSTRÄGERN SPRICHT, DANN ABER VON ECHTEN: BODEN-ORGANISMEN ZUM BEISPIEL.

eigentlich hätte besonders Österreich mit Blick auf den sehr hohen Anteil an biologisch – und hierbei bodenverträglich – bewirtschafteter Agrarfläche (18 Prozent), ein bereits bestehendes bundesweites Altlastensanierungsgesetz sowie bereits teils umfangreiche Bodendatenbestände, insgesamt gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der Richtlinie. Bis es aber zu einem neuen Anlauf von EU-Seite kommt, bleibt derzeit nur, auf nationaler Ebene die Lücken in den vielfältigen bodenschutzrelevanten Regelungen zu flicken und dabei weichen Formulierungen wie „sparsame und schonende“ Bodennutzung endlich Substanz und der übergeordneten Raumordnung endlich Zähne zu geben.

Auf der Ebene konkreter Maßnahmen wären unter anderem verbesserte Rahmenbedingungen für die Revitalisierung von brachliegenden Industrie- und Gewerbeflächen zu schaffen sowie das Förderregime zugunsten des Baus und der thermischen Sanierung auch mehrgeschoßiger (Miet-)Wohnungen zu ändern. Allgemein gilt, bei allen Verwaltungsbehörden die Sensibilität für den Bodenschutz zu erhöhen. Denn wenn wir heute nicht handeln, ziehen uns ein engstirniger Föderalismus im Kleinen und eine zu oft zuerst an den globalen Märkten statt an lokalen (Boden-)Standortgegebenheiten orientierte (Land-)Wirtschaftspolitik im Großen, gemeinsam den Boden unter den Füßen weg. □

Speicherwunder

Die große Bedeutung von Boden als Speicher von Wasser sowie Nähr- und Schadstoffen beruht auf der enormen spezifischen Oberfläche einzelner Bodenbestandteile von bis zu 1000 Quadratmetern je Gramm.

Schiefergas

Neben der vieldiskutierten Gefahr der Verschmutzung von Grundwasser und Boden durch die Schiefergasförderung ist eines schon sicher: Die Bodenversiegelung ist dabei von 1 Hektar pro Bohrloch zur Oberfläche vergleichsweise groß.

BODENERHALT ACHT GEFAHREN

Im Zuge der Ausarbeitung ihrer „Thematischen Strategie zu Bodenschutz“ identifizierte die Europäische Kommission 2002 folgende acht – auch in Wechselwirkung stehende – Hauptgefahren für die Böden innerhalb der EU:

1. Erosion durch Wind und Wasser
2. Rückgang der organischen Substanz durch industrielle land- und forstwirtschaftliche Praktiken wie beispielsweise Monokulturen
3. Lokale und diffuse Bodenkontamination mit Schadstoffen aus Abfallentsorgung, Industrie, Verkehr und Landwirtschaft
4. Bodenversiegelung durch Gebäude- und Verkehrswegebau
5. Bodenverdichtung durch schwere Landmaschinen, Überweidung und teils auch Wander- und Schitourismus
6. Rückgang der biologischen Vielfalt im Boden durch den Verlust organischer Substanz und den intensiven Einsatz von Herbiziden und Pestiziden
7. Versalzung durch Eindringen von Meerwasser nach übermäßiger Entnahme von Grundwasser in niederschlagsarmen, küstennahen Gebieten, aber auch durch winterliche Salzstreuung
8. Überschwemmungen und Erdbeben durch nicht standortgerechte Flächenbewirtschaftung sowie in Folge von großflächiger Verdichtung und Versiegelung



Die Stadtregionen Österreichs werden in den nächsten Jahren deutlich wachsen, am stärksten Wien und sein Umland. Bis 2030 müssen für den Bevölkerungszuwachs nicht nur Wohnbauten errichtet werden. Will man die städtische Lebensqualität halten, sind daneben auch große Investitionen in die soziale und technische Infrastruktur notwendig. **VON CHRISTIAN PICHLER***

Bodenpolitik im städtischen Bereich



ZUSAMMENFASSUNG:

Das Bevölkerungswachstum stellt Stadtregionen vor große Herausforderungen. Nur Stadtentwicklung auf der grünen Wiese zu betreiben, wird zu wenig sein. Künftige Stadtentwicklung muss das Missverhältnis zwischen Baulandbedarf und verwertbaren Baulandflächen vermeiden. Neue Instrumente der Baulandmobilisierung und die Entwicklung von Strategien der Nachverdichtung bestehender Strukturen sind nötig.

*DI Christian Pichler ist Raumplaner und Mitarbeiter der Abteilung Kommunalpolitik der AK Wien

Österreich wächst. Gemäß den aktuellen Bevölkerungsprognosen wird die österreichische Bevölkerung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten deutlich steigen. Dies jedoch nicht gleich verteilt über das gesamte Bundesgebiet, sondern mit starker Fokussierung auf städtische Agglomerationsbereiche. Das heißt, Landeshauptstädte und ihre Umlandbereiche, die sogenannten Speckgürtel, boomen. Ländliche, strukturschwache Regionen müssen teils deutliche Bevölkerungsrückgänge bewältigen. Diese Entwicklung, die für alle Bundesländer mit Ausnahme von Kärnten vorhergesagt wird, wird besonders deutlich und ausgeprägt für Wien und die gesamte Ostregion prognostiziert.

WIEN WÄCHST

Nach langen Jahren der Stagnation wächst Wien seit dem Jahr 2000 wieder um mehr als 15.000 Einwohner pro Jahr. Neueste Prognosen lassen erwarten, dass Wien bereits im Jahre 2030 wieder die Zwei-Millionen-Einwohner-Grenze überschreiten könnte. Das würde ein Mehr an Wohnbevölkerung in der Größe von Graz (ca. 270.000) bedeuten. Zuletzt hatte Wien nach 1900 solch hohe Bevölkerungszahlen gehabt.

Graz steht für diese Einwohnerzahl eine Fläche von rund 125 km² zur Verfügung. Das Wiener Stadtgebiet mit

seinen rund 415 km² wird hingegen unverändert bleiben. Das heißt, zentrale Herausforderungen für die zukünftige städtische Entwicklung sind die Fragen: Wo und wie wird dieses Wachstum stattfinden? Welche Reaktionsmöglichkeiten ergeben sich für die Stadt? Ist dieses Wachstum überhaupt auf dem vorhandenen Stadtgebiet abdeckbar?

UNGLEICHVERTEILUNG

Die Stadtstruktur Wiens ist charakterisiert durch ein zumindest statistisch ausgewogenes Verhältnis zwischen bebauten Flächen und Verkehrsflächen einerseits und Grün- und Wasserflächen andererseits. Die Detailbetrachtung der Bezirke macht aber eines sehr deutlich: Rahmenbedingungen und Ausgangslagen sind nicht überall gleich.

Der größte Wiener Gemeindebezirk, die Donaustadt, weist einen Grünflächen- und Gewässeranteil von mehr als 55 Prozent auf. Nur etwas mehr als ein Viertel der Bezirksfläche ist verbaut. Im Gegensatz dazu werden Bezirke innerhalb des Gürtels – wie etwa Mariahilf, Neubau und die Josefstadt – durch eine dichte Bebauung geprägt. Die Grünflächenanteile in diesen Bezirken liegen etwa nur bei rund zwei Prozent.

Trotzdem verfügt z. B. Mariahilf mit elf öffentlichen Gärten, Parks und Spielplätzen über eine ansprechende Versorgung mit nutzbaren Freiflächen, die bei



In der Stadtentwicklung spiegeln sich die verschiedenen Nutzungskonflikte.

Betrachtung der statistischen Kennzahlen so nicht erwartbar wäre. Daran zeigt sich aber auch deutlich: Qualität, Ausstattung und Optimierung für die NutzerInnen ist hier oftmals wichtiger als Quantitäten in der Fläche.

Um den Baulandbedarf abzudecken, wurden seit den 1990er Jahren seitens der Stadt verstärkt Umwidmungspotenziale großer zusammenhängender Flächen genutzt, deren Umwidmung aufgrund geänderter wirtschaftlicher oder verkehrstechnischer Rahmenbedingungen möglich wurde. Betroffen davon waren große, ursprünglich betrieblich genutzte Bereiche wie z.B. das Schlachthofgelände, vormals ausschließlich verkehrstechnisch genutzte Bereiche wie Bahnhofsareale mit Rangier- und Logistikflächen, sowie überwiegend landwirtschaftlich genutzte Bereiche wie z. B. ehemalige Gärtnereien.

Viele der großen zusammenhängenden städtischen Flächen mit Entwicklungspotenzial wurden deshalb in den

letzten Jahren und Jahrzehnten bereits umgewidmet und befinden sich zum Teil bereits in Realisierung und Entwicklung bzw. wurden bereits entwickelt und einer neuen Nutzung zugeführt. Daneben schränken Mobilisierungsprobleme aus Sicht der Stadtentwicklung sinnvolle Entwicklungsmöglichkeiten ein. So gelang es der Stadt Wien z. B. im Bereich Rothneusiedl nicht, die für eine gesamthafte Entwicklung des Gebietes notwendigen Flächen zu erwerben.

BEGRENZTES POTENZIAL

Das Umwidmungspotenzial von großen, zusammenhängenden Entwicklungsgebieten wird deshalb – von einigen Flächen (z.B. Kasernenareale) abgesehen – in Zukunft deutlich abnehmen. Die Reaktionsmöglichkeiten der Stadt werden sich in Richtung kleinteiligerer Projekte verschieben. Mit den derzeit von der Stadt definierten Entwicklungsflächen kann selbst bei vollständiger

STADTENTWICKLUNG WIEN FLUGFELD ASPERN

Das größte Stadtentwicklungsgebiet Wiens, das Flugfeld Aspern, verfügt über rund 240 Hektar Flächenpotenzial. Im Endausbau sollen hier 20.000 Menschen wohnen und in etwa gleich viele Arbeitsplätze geschaffen werden. Infrastrukturelle Vorleistungen wie etwa die Verlängerung der U-Bahn sind bereits fertiggestellt. Erste Wohnbauten sind im Entstehen. Trotz all dieser ambitionierten Ziele wird aber eines deutlich: Bei einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von über 15.000 Personen reicht die Fläche von Aspern nur, um den prognostizierten Wohnbaulandbedarf für etwas mehr als ein Jahr abzudecken.



STADTENTWICKLUNG MUSS EIN MISSVERHÄLTNIS ZWISCHEN BAULANDBEDARF UND VERFÜGBAREN BAULANDFLÄCHEN VERMEIDEN.

Parkanlagen in Wien

Parkanlagen nach Bezirken, die Bedeutung von Parknamen und die Liste der Naherholungsgebiete finden sich unter: www.wien.gv.at/umwelt/parks/anlagen/index.html

Stadtteil Hauptbahnhof

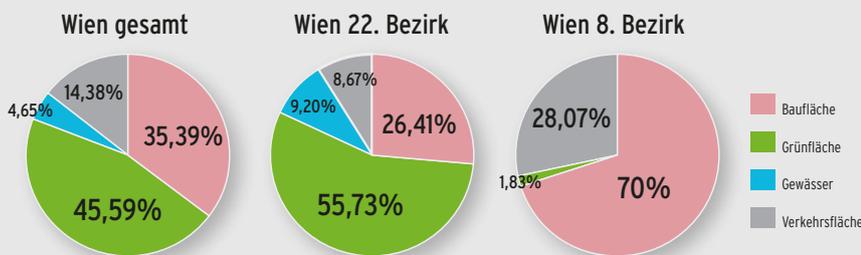
Vom Süd- und Ostbahnhof zu einem neuen Stadtteil mit Hauptbahnhof – mehr Informationen dazu unter: www.hauptbahnhof-wien.at/

Seestadt Aspern

Ausführliche Projektinformationen zum neuen Stadtteil auf dem ehemaligen Flugfeld Aspern gibt es unter: www.aspern-seestadt.at/



NUTZUNGSKLASSEN WIEN 2012



für den geförderten Wohnbau unterstützt werden. Denn schon jetzt steht der Verwertung von potenziell sinnvollen Stadterweiterungsflächen oft eine mangelnde Verfügbarkeit entgegen. Letztlich geht es neben der Lokalisierung und Verwertung von unbebauten Flächen wie z. B. Baulücken nicht zuletzt auch um die Frage der Nachverdichtung bestehender Baulichkeiten und ihrer Adaptierung. Aufstockung, Dachgeschoßausbau und Ergänzung der baulichen Strukturen sind einige der Reaktionsmöglichkeiten. Verschiedene Stadtgebietstypen eröffnen dabei unterschiedliche Reaktions- und Handlungsmöglichkeiten.

LEBENSQUALITÄT AUSBAUEN

Verdichtungspotenziale in gut mit Infrastruktur versorgten Gebieten zu lokalisieren und verfügbar zu machen kann auch mithelfen, die Kosten für die öffentliche Hand gering zu halten. Eine bessere Auslastung bestehender Infrastruktur kann hierfür einen wichtigen Beitrag leisten. Klar ist jedoch auch: Je dichter eine Stadt ist, desto mehr Qualität muss es im öffentlichen und im privaten Raum geben und umso größer ist die Verantwortung städtischer Planung. Erreichbar wird dies nur durch eine Betrachtung, die über Einzelprojekte hinausgeht und Auswirkungen und Einschränkungen aus Sicht des Stadtteils beurteilt sowie die Interessen der Anrainerbevölkerung bzw. bestehender Nutzungen ausreichend berücksichtigt. Nur so kann verhindert werden, dass kleinteilige bauliche Ergänzungsmaßnahmen negative Auswirkungen auf den Bestand und seine NutzerInnen haben. Ziel muss eine lebenswerte städtische Struktur sein.

Ob die bereits definierten neuen Stadtentwicklungsflächen und zeitlichen Planungsvorgaben ausreichen, um den Bedarf abzudecken, wird die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung zeigen. Jedenfalls wird die Mobilisierung eines Vielfachen der Fläche des Flugfelds Aspern eine herausfordernde stadtentwicklungspolitische Aufgabe. □

→ Realisierung der erforderliche Bedarf im besten Fall für das nächste Jahrzehnt abgedeckt werden. Das heißt: Unter gleichbleibenden stadtentwicklungspolitischen Rahmenbedingungen wird in wenigen Jahren die für das prognostizierte Bevölkerungswachstum notwendige Baulandreserve nicht mehr zur Verfügung stehen. Ein Missverhältnis zwischen Baulandbedarf und verfügbaren Baulandflächen zu vermeiden, muss aber oberstes Ziel der Stadtentwicklung bleiben.

Nicht zuletzt auch deshalb, weil städtische Qualität nicht nur Vorsorge und Abdeckung des erforderlichen Wohnraumbedarfs bedeutet. Für eine funktionierende, qualitativ hochwertige städtische Struktur bedarf es auch der Bereitstellung der erforderlichen sozialen Infrastruktur wie Schulen und Gesundheitseinrichtungen, adäquater Arbeitsplätze, der Anbindung mit hochwertigen

öffentlichen Verkehrsmitteln sowie der Vorsorge eines qualitativ hochwertigen öffentlichen Raumes.

Auf den Raum zwischen den Nutzungen – den öffentlichen Raum – muss besonderes Augenmerk gelegt werden. Denn er ist es, der städtische Qualität maßgeblich mit beeinflusst und städtische Interaktion fördert und unterstützt bzw. verhindert.

BAULANDMOBILISIERUNG

Zur Abdeckung des Baulandbedarfs wird es unumgänglich sein, auf neue – jetzt noch nicht definierte – Flächen zuzugreifen und diese zu mobilisieren. Hierfür wird es auch erforderlich sein, Werkzeuge zur Baulandmobilisierung in das Bau- und Bodenrecht der Stadt zu implementieren. So z. B. könnte durch die Einführung einer Widmungskategorie „Sozialer Wohnbau“ die Flächenver-

Bevölkerungsentwicklung

Wer es ganz genau wissen will, wie es in Österreich weitergeht: www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/index.html

Bevölkerungsvergleich

Bevölkerungsdichte in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Mehr Infos unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bev%C3%B6lkerungsdichte>

AK Stadt

Die Zeitschrift der Abteilung Kommunalpolitik AK Stadt. Online durchblättern oder Download unter <http://wien.arbeiterkammer.at/service/zeitschriften/akstadt/index.html>

Bis zum Jahr 2050 sind weltweit rund neun Milliarden Menschen zu ernähren. Mit dieser Anforderung steigt der Nutzungsdruck auf den Boden. Gefährdungen für den Boden gehen von Bodenverunreinigungen, Erosion, Verdichtung, Klimawandel und Flächenverbrauch aus. **VON IRIS STRUTZMANN***

Landwirtschaft und Boden

Ein gesunder Boden und ein gesundes Bodenleben sind für die Landwirtschaft unerlässlich. Er bildet die Basis, um die Bedürfnisse der Menschen nach Nahrung und Energie abzudecken.

Nach Schätzungen von europäischen BodenexpertInnen sind zwölf Prozent des gesamten europäischen Festlands von Wassererosion betroffen, 50 Prozent sind mäßig bis stark aufgrund von Verdichtungen gefährdet und neun Prozent der Bodenfläche sind versiegelt. Insbesondere Siedlungserweiterungen können

zum Verlust besonders ertragreicher Böden führen.

Böden spielen in der Klimaschutzthematik eine wesentliche Rolle. Sie können über den Eintrag pflanzlicher Biomasse Kohlenstoffdioxid aus der Atmosphäre in Humus fixieren. Das Potenzial von Böden, langfristig Kohlenstoff zu speichern, ist allerdings begrenzt und hängt neben natürlichen Faktoren wie Temperatur und Feuchtigkeit vor allem von der Bodenbewirtschaftung und der Landnutzung ab. So können Böden durch eine

weiter auf Seite 22 →

ZUSAMMENFASSUNG

Der Boden reguliert wichtige Kreisläufe, ist Grundlage für die Produktion von Lebens- und Futtermitteln und Rohstoff für Energie. Eine gute Bodenqualität in ausreichendem Ausmaß ist notwendig, um all diese Funktionen nachhaltig zu erfüllen. Dies führt zu Nutzungsdruck und -konflikten.



SCHWERPUNKT

KNAPPER BODEN

→ nicht nachhaltige Bewirtschaftung Treibhausgase in die Luft abgeben. Dabei können Kohlenstoffdioxid (CO₂), Methan und Lachgas entstehen. Insbesondere Lachgas – aber auch Methan – haben eine viel stärkere Treibhauswirkung als CO₂.

Lebendige und gut durchlüftete Böden nehmen Methan aus der Atmosphäre auf und bauen es ab. Dem steht die Methanerzeugung durch Wirtschaftsdünger entgegen. Stallmist erzeugt viel weniger neues Methan als beispielsweise Gülle. Lachgas (N₂O) entsteht, wenn im Boden Sauerstoffmangel herrscht. Je größer die Stickstoffmengen und -konzentrationen sind, die durch Dünger eingebracht werden, desto mehr Lachgas kann entstehen. Daher wird von ExpertInnen empfohlen, hohe Konzentrationen von mineralisch chemischem Stickstoff zu vermeiden, um eine gute natürliche Luftversorgung und Wasserleitfähigkeit des Bodens sicherzustellen.

In Österreich sind ca. 820 Millionen Tonnen Kohlenstoff in den Böden gespeichert. Davon entfallen nach den Berechnungen des Umweltbundesamtes rund 22 Prozent auf Grünlandböden, rund zehn Prozent auf Ackerböden und rund 60 Prozent auf Waldböden. Laut dem 10. Kontrollbericht des Umweltbundesamtes wirken sich die angewendeten Agrarumwelt-Maßnahmen bislang positiv auf die Humusdynamik der Böden aus. Um die Bodenfunktionen langfristig zu sichern, ist eine Anpassung landwirtschaftlicher Förderungen an gezielte Klimaschutz wirksame Maßnahmen für das neue Agrarumweltprogramm ÖPUL 2014–2020 empfehlenswert.

Wasser, Nährstoffe und Luft werden laufend vom Boden gefiltert, verändert, gespeichert und abgegeben. Böden haben daher eine wichtige Filterfunktion, denn sie können auch Schadstoffe filtern, neutralisieren und binden. So kann verhindert

werden, dass Giftstoffe ins Grundwasser und damit langfristig ins Trinkwasser gelangen. Diese Filterfunktion ist allerdings begrenzt. Daher gibt es Belastungen des Trinkwassers mit Nitrat und Pestiziden. Zudem hat die Struktur des Bodens, insbesondere das Porenvolumen, Einfluss auf die Wasser- und Luftbewegung im Boden, seine Stabilität, Verdichtungsfähigkeit und die Durchwurzelung.

EROSION UND VERDICHTUNG

In Österreich sind laut Schätzungen der Wissenschaft 380.000 Hektar der landwirtschaftlichen Flächen erosionsgefährdet. Dies betrifft insbesondere Böden im Anbau von Körner- und Silomais, des Weinbaus und der Zuckerrübe. Bei Maisanbau kann mit einem jährlichen Bodenabtrag von bis zu 25 Tonnen je Hektar gerechnet werden. Maßnahmen wie die Begrünung von Ackerflächen oder Mulch-Direktsaat können Erosion gut vorbeugen. Der biologische Landbau bringt grundsätzlich gute Voraussetzun-

gen mit, die die Wasser- und auch die Winderosion mindern: Es wird beispielsweise mit dem Anbau von Klee gras für eine gute Bodenbedeckung gesorgt und diese versorgt gleichzeitig den Boden mit wichtigen Nährstoffen. Aber auch in der konventionellen Landwirtschaft ist mit der ÖPUL-Maßnahme „Begrünung von Ackerflächen“ zunehmend mehr Ackerfläche im Winter bedeckt und damit vor Erosion geschützt.

Der Einsatz von immer schwereren Landmaschinen führt zu einer verstärkten Verdichtung des Bodens. Daher wird in der biologischen Landwirtschaft vermehrt eine pfluglose Bewirtschaftung ausprobiert. Damit kann der Verdichtung des Bodens vorgebeugt werden, insbesondere werden damit aber auch die Humusschicht und die Bodenmikroorganismen geschont.

Der Anbau von Monokulturen und der Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden und Stickstoff verhindern ein aktives Leben der Bodenmikroorganismen. Durch enge Fruchtfolgen oder

BODEN

ERTRAG – EINHEITSWERT – STEUERN

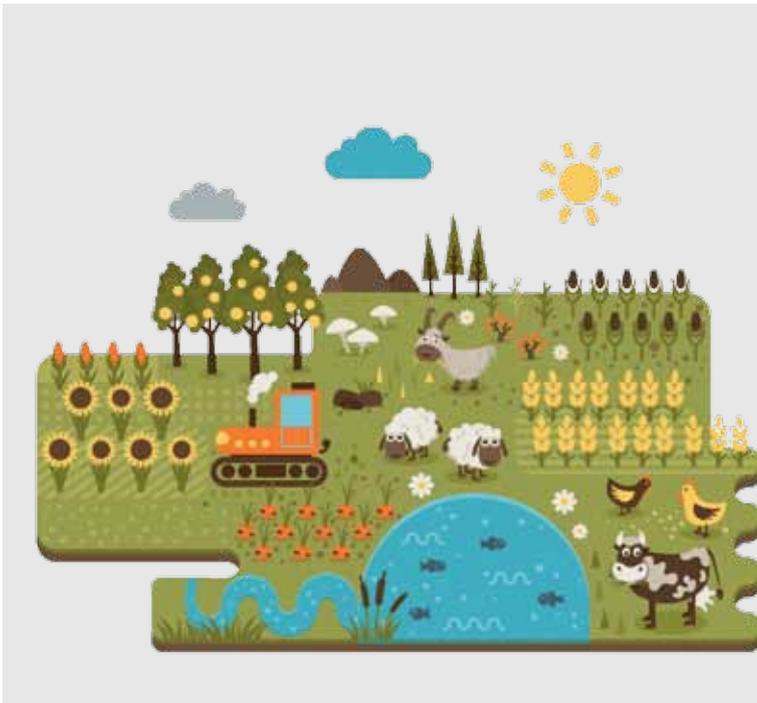
Der Boden ist für die Berechnung der Abgabenleistungen in der Landwirtschaft wesentlich. Der Bodenertrag bildet in Österreich den Ausgangswert für die Berechnung des Einheitswertes. Dieser ist wiederum Grundlage für die Berechnung der Abgaben in der Landwirtschaft (z.B. Einkommenssteuer, Grunderwerbssteuer, Beiträge zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung, etc.). Die Bodenklimazahl bildet eine Wertzahl zwischen 0 und 100 ab, die anhand objektiver Kriterien wie Bodenschätzung, Wasserverhältnisse, Geländeneigung und Klima die natürliche Ertragsfähigkeit eines Betriebes im Vergleich zum ertragsfähigsten Standort wiedergibt. Anhand weiterer Parameter wie Hektarsätze, Subventionen etc. wird dann die Abgabenleistung der Landwirtschaft berechnet. Allerdings ist insbesondere die Berechnung der Einkommenssteuer aufgrund eines pauschalierten Systems äußerst ungerecht, da sie nicht die tatsächlichen Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft widerspiegelt. Zudem ist die Abgabenleistung der Landwirtschaft äußerst gering.



*DI Iris Strutzmann ist Agrarwissenschaftlerin und Mitarbeiterin in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien.

HINTERGRUND

BODEN UND ERNÄHRUNG



- Ein Hektar Boden mittlerer Qualität kann nach westeuropäischen Ernährungsstandards zwei Personen mit Milch- und Fleischprodukten ernähren.
- In der EU ist die fortschreitende Urbanisierung die größte Bedrohung für landwirtschaftliche Böden. Jedes Jahr gehen rund 1.000 km² an überwiegend sehr fruchtbaren Böden verloren. Diese Fläche entspricht der Größe von Berlin und kann rund 200.000 Personen ernähren.
- 60 Prozent aller in der EU konsumierten Agrarprodukte werden importiert, überwiegend aus Ländern, wo die Bodenfruchtbarkeit wesentlich geringer ist.

Monokulturen werden spezifische Erreger der angebauten Kulturen gezüchtet. Damit kann sich der Befallsdruck von Schädlingen auf die landwirtschaftlichen Flächen erhöhen, dem wiederum mit dem Einsatz von Pestiziden entgegengewirkt wird. Der monokulturelle Anbau von Mais bringt beispielsweise große Schwierigkeiten mit dem Schadorganismus Maiszünsler mit sich. Die Larven des Maiszünslers bleiben nach der Ernte im Boden, überwintern und schädigen die Maispflanzen im darauffolgenden Jahr. Die Landwirtschaft setzte auf für die Bienen schädliche Neonicotinoide, die als Beizmittel für Maissaatgut zur Bekämpfung des Maiszünslers eingesetzt wurden. Im Frühjahr 2013 wurde von der EU-Kommission die Verwendung der Neonicotinoide vorerst für zwei Jahre verboten. In Österreich wurde dieses Verbot im Parlament auf drei Jahre ausgeweitet. Bereits vor über zehn Jahren wurde von einigen Wissenschaftlern die Einhaltung einer Fruchtfolge als eine wirksame Methode gegen den Maiszünsler empfohlen. Diese wurde in der Praxis bislang in der biologischen Landwirtschaft durchaus erfolgreich angewendet. Mit dem Verbot der Neonicotinoide kann künftig auch die konventionelle Landwirtschaft über eine regelmä-

ßige Fruchtfolge das Problem mit dem Maiszünsler in den Griff zu bekommen.

BEWIRTSCHAFTUNGSQUALITÄT

Im Anbau von Futtermitteln bemüht sich die EU um eine europäische Eiweißstrategie. Ihr Ziel ist es, künftig vermehrt Eiweißfuttermittel in Europa zu produzieren, um die Sojaimporte zu verringern.

Damit könnte auch die Bodenqualität verbessert werden, zumal der Anbau von Soja für den Boden gleichzeitig die Versorgung mit Stickstoff gewährleisten kann. Allerdings sollten für ein aktives Bodenleben auch keine Pestizide eingesetzt werden. Die Sojabohne ist ein Schmetterlingsblütler. Diese haben die Fähigkeit, Luftstickstoff in Form von Knöllchenbakterien im Boden zu speichern. Dieser Stickstoff wird von nachfolgenden Ackerkulturen für das Wachstum genützt. Die Sojabohne leistet daher innerhalb der Fruchtfolge einen wichtigen Beitrag für die Pflanzenernäh-

rung und kann gleichzeitig als Futtermittel eingesetzt werden. Die Fruchtfolge wirkt sich somit positiv auf das mikrobiologische Gleichgewicht des Bodens aus. Mit der EU-Agrarreform 2013 wird versucht, verstärkt auf Fruchtfolge zu setzen. Künftig sind für die vollständige Auszahlung von Direktförderungen an die Landwirtschaft zumindest ab einer Betriebsgröße von zehn Hektar Ackerfläche verpflichtend Fruchtfolgen vorgeschrieben.

Die Nahrungsmittelproduktion, die Produktion von Energiepflanzen und die Versiegelung der Flächen durch Verbauung stehen in Konkurrenz miteinander. Alle benötigen die Ressource Boden. In den Jahren 2007/2008 stiegen die Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel sprunghaft an. Diese Preissteigerungen sind unter anderem mit der erhöhten Nachfrage nach Agrartreibstoffen aus Europa und den USA zu begründen. Diese Konkurrenz zwischen „Teller“, „Trog“ und „Tank“ wird sich künftig

weiter auf Seite 24 →



NAHRUNGSMITTELPRODUKTION, PRODUKTION VON ENERGIEPFLANZEN UND VERSIEGELUNG VON FLÄCHEN STEHEN IN KONKURRENZ MITEINANDER

Bodenverbrauch

Das Umweltbundesamt veranstaltete in Kooperation mit anderen Organisationen die Tagung „Bodenverbrauch in Österreich – Versorgungssicherheit in Gefahr?“ www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/boden

Agrar-Pauschalierungssystem

„Was die Pauschalierungsgrenzen angeht ... hier kein gerechtes System geben wird. Das einzig gerechte System ist ... nur die Buchführung, wo einer sagt ‚ich verdiene etwas‘ oder ‚ich verdiene nichts‘.“ LWK-Präsident Wlodkowski, *diz-agrarmagazin*, 30. August 2013.

Landnahme

Die Menschenrechtsorganisation FIAN beschäftigt sich intensiv mit dem Thema „Landgrabbing“ – die neue Form des Kolonialismus: Reichere Länder sichern sich landwirtschaftliche Flächen in ärmeren Ländern. www.fian.at

INTERVIEW MIT RAUMPLANER HANS EMRICH

FLÄCHENVERBRAUCH IM LÄNDLICHEN RAUM

Die Landflucht lässt die Städte wachsen. Städter wiederum drängen ins „Grüne“, ins jeweilige Stadtumland. Die Folge sind die berüchtigten „Speckgürtel“. Gibt es noch genug Flächen? Und: Wie können sie optimal und nachhaltig genutzt werden?

Was bedeutet Flächenverbrauch für einen Raumplaner?

Emrich: Der Begriff Flächenverbrauch ist etwas irreführend, da die Flächen ja nicht tatsächlich „verbraucht“, also verschwunden sind, sondern eigentlich nur anders als ursprünglich genutzt werden. Diese „Umnutzung“ erfolgt zumeist gemäß den gängigen gesellschaftlichen Werten. So ist es z.B. relativ akzeptiert, dass der Landwirtschaft Flächen entzogen werden, um Siedlungen oder Straßen zu bauen. Intakte naturbelassene Flächen umzunutzen bzw. zu „verbrauchen“ findet weit weniger Akzeptanz. Grundsätzlich verbindet man aber mit dem Flächenverbrauch eine Reduktion der Biodiversität und/oder eine gänzliche oder teilweise Versiegelung.

Welche Art von Flächenverbrauch ist am schädlichsten?

Emrich: Das sind die nach wie vor stark wachsenden Gebiete für freistehende Einfamilienhäuser – also die Realisierung des „kleinen Schlosses für jedermann“. Einerseits sind die Grundstücke vergleichsweise groß, andererseits zeigt die Erfahrung, dass in diesen Gebieten mindestens ein Drittel der Grundstücke unbebaut bleiben. Darüber hinaus wohnen in diesen Siedlungen die Menschen so locker, dass man ihnen keinen wirtschaftlich sinnvollen öffentlichen Verkehr anbieten kann. Daher verursachen Siedlungen mit freistehenden Einfamilienhäusern

immer mehr Autoverkehr. Dieser Autoverkehr braucht wiederum neue und immer breitere Straßen.

Gibt es nicht schon ausreichend Flächen für Straßen?

Emrich: Grundsätzlich ja, aber – es wird nach wie vor gebaut: Beispielsweise werden „alte“ Umfahrungsstraßen oft von den wachsenden Siedlungen „eingeholt“, können ihrer Funktion nicht mehr nachkommen und werden dann wieder ein Stück nach außen verlegt. Da könnte eine schlaue Raumplanung viel Positives beitragen. Oft wird auch der Bau von Autobahnen und Schnellstraßen damit begründet, dass Siedlungsgebiete vom Autoverkehr entlastet werden. Es gibt aber damit nicht weniger Autos, sondern es wird attraktiver mit dem Auto zu fahren, was wieder deren Zahl zunehmen lässt. Dann sind wieder mehr Straßen erforderlich.

Lässt sich der Flächenverbrauch reduzieren?

Emrich: Dazu gäbe es folgende Vorschläge: Die Flächen, die beansprucht werden, möglichst klein halten. Bei tatsächlich beanspruchten Flächen auf eine hohe Mehrfachnutzbarkeit achten. Den Versiegelungsgrad gering, dafür die Biodiversität hoch halten. Bereits wirklich verbrauchte Flächen, also z. B. Brachen, wieder in Wert setzen. Dazu braucht es allerdings neben engagierten PlanerInnen eine aufgeschlossene Bevölkerung und eine mutige Politik!



* Dipl. Ing. Hans Emrich, MSc ist staatlich befugter und beedeter Ziviltechniker, Ingenieurkonsulent für Raumplanung und eingetragener Mediator, Supervisor – ÖVS

→ wohl noch verstärken, denn die EU setzt vermehrt sowohl auf erneuerbare Energiequellen als auch auf die Futtermittelproduktion.

NUTZUNGSKONFLIKTE

Gundula Prokop beschreibt in ihrem Beitrag zur Veranstaltung „Bodenverbrauch in Österreich – Ist die Versorgungssicherheit in Gefahr?“ das globale Thema des Bodenverbrauchs: „Die besten Böden sind in den reichsten Ländern. Nur zwölf Prozent der Weltböden sind für den Ackerbau geeignet. Davon befinden sich rund zwei Drittel auf der nördlichen und nur etwa ein Drittel auf der südlichen Erdhalbkugel. Nahezu alle Konsumgüter, die in der EU verbraucht werden, benötigen Boden, dazu zählen Lebensmittel, Tierfutter, Textilien, Mineralien, aber auch Brennstoffe.“ Sie zitiert eine Studie des Sustainable Europe Research Instituts (SERI), die angibt, dass sich 60 Prozent des für die in Europa notwendigen Konsumgüter verbrauchten Bodens außerhalb der EU befinden. Dieser Prozess wird als „Landimport“ bezeichnet. Als eine Lösung schlägt sie eine Veränderung der Ernährungsgewohnheiten vor, da diese einen erheblichen Einfluss auf die Menge benötigter Agrarflächen haben. In Österreich, wie auch dem Rest von Europa, wird eine erhebliche Menge an Fleisch konsumiert. Diese benötigt im Vergleich zur Ernährung mit pflanzlichen Produkten weit mehr Fläche: so sind im Durchschnitt sieben pflanzliche Kalorien notwendig, um eine Kalorie Fleisch zu erzeugen. Daher wäre mittelfristig eine Reduktion des Fleischkonsums sowie des Konsums von tierischen Produkten zielführend. Prokop zitiert dazu das österreichische Forschungsprojekt GERN, das bei konventioneller Landwirtschaft zu dem Schluss kommt, dass bei einer entsprechenden Reduktion des Konsums von Fleisch sowie tierischer Produkte der Flächenverbrauch um bis zu 30 Prozent verringert werden könnte.

Mit dem steigenden Bedarf von Fleisch und tierischen Produkten sowie Energie in Ländern wie China und Indien wird der Druck auf produktive Agrarflächen noch stärker steigen. Ein Umdenken in der Ernährung, im Ressourcenverbrauch und im Umgang mit erneuerbaren Energien ist unerlässlich. □

AKTION

RATGEBER

KONSUMENTEN-RECHTE

Die Arbeiterkammern helfen mehr als 350.000 KonsumentInnen im Jahr. Die Broschüre unterstützt Ratsuchende. Kurz und bündig auf 20 Seiten werden die wichtigsten Fragen vor, beim und nach dem Kauf

beantwortet. Etwa: Was ist bei Preisauszeichnungen, Preisvergleich oder Kostenvoranschlägen zu berücksichtigen. Wie kommt ein Vertrag zustande, wie wichtig ist Kleingedrucktes, wie

bindend ist ein Kauf, wie steht es um Rücktrittsrechte usw. Bestelltelefon: (01) 501 65 401, E-Mail: bestellservice@akwien.at Diese Broschüre erhalten Sie auch als Download: http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/Publikationen/Konsumentrechte_2013.pdf

LEI

ALLIANZ

WEGE AUS DER KRISE

Die zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus der Krise“ ist ein Zusammenschluss von elf verschiedenen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Die Allianz hat ein alternatives

Budget 2014 für Österreich erstellt und präsentiert. Die Vorschläge sollen Alternativen für mehr Verteilungsgerechtigkeit, einen Ausbau des Sozialstaates sowie eine Ökologisierung der Wirtschaft aufzeigen. Besonders auffällig ist dabei, wie viele zusätzliche Einnahmen im Bereich der besonders Vermögenden bzw. der sehr hohen Einkommensbeziehenden zu erzielen wären und wie viele Maßnahmen, sei es ein Ausbau des Sozialstaates, seien es verstärkte Investitionen in den Umweltschutz, damit finanzierbar wären. Alle Details finden sich auf: www.wege-aus-der-krise.at SH

PV-ANLAGEN

LEITFADEN

Was versprechen die im Bereich Photovoltaik angebotenen BürgerInnenbeteiligungsmodelle und was bringen sie? Initiatoren solcher Projekte sind neben privaten Unternehmen meist Gemeinden oder lokale Stromversorger. Die AK Steiermark analysiert, was alles unter einer „BürgerInnenbeteiligungsanlage“ verstanden werden kann und vergleicht einige Angebote hinsichtlich ihrer Bedingungen. Download: http://stmk.arbeiterkammer.at/beratung/konsumentenschutz/geld/geldanlage/Sonneninvestition_mit_Schattenseiten.html LEI

Überblick: Lebensmittelkennzeichen

Die Broschüre gibt einen Überblick über die Kennzeichnungsvorschriften von verpackten Lebensmitteln, erklärt die einzelnen Kennzeichnungselemente und bringt Beispiele für Zeichen. www.arbeiterkammer.at/service/broschueren/index.html



AK App „Frag uns“

AK Apps im „Smartphone“-Format sind Allerköner. Sie bieten schnell und nahezu überall greifbar Rat, z.B. bei Lohnabrechnung, Arbeitsrecht etc. apps.arbeiterkammer.at

ÜBERGEWICHT

WUNDERMITTEL GIBT'S KEINE

Die Werbung sagt, nichts sei leichter als Abnehmen. Probiert man die Mittel, stellt man meist fest, dass fast nichts so schwer ist. Was schnell leichter wird, ist nur die Geldbörse. Im Internet wird viel angeboten – ob's stimmt, ist eine andere Frage. Die AK hat sich für diese Broschüre schlaue gemacht, die wichtigsten Fragen und Antworten zusammengefasst und eine Checkliste für die Auswahl von seriösen Anbietern erstellt. Download: www.arbeiterkammer.at/service/broschueren/Konsument/index.html LEI



Saures Erwachen bei unseriösen Angeboten.

ENTSCHEIDUNGSHILFE

LEBENSMITTELPRODUKTION

Wie werden die Lebensmittel, die wir aus dem Regal nehmen, erzeugt und verarbeitet? Wie wirkt sich die Lebensmittelherstellung auf Befinden und Gesundheit der Menschen aus? Nährwert, Genusswert, Aroma, Convenience-Produkte, Functional-Food. Was ist für die KonsumentInnen wichtig zu wissen? Die Broschüre will als Entscheidungshilfe für einen Kauf oder Nichtkauf bestimmter Produkte dienen. Download: www.arbeiterkammer.at/service/broschueren/Konsument/index.html JL

Leitfaden: Arbeiten am Bildschirm

PC-Arbeitsplätze sind im Berufsleben nicht mehr wegzudenken. Wie PC und das Arbeitsumfeld beschaffen sein sollen, wie man selbst richtig sitzt oder sieht, beschreibt der Leitfaden. www.arbeiterkammer.at/service/broschueren/index.html

Der Trend zur sanften Mobilität hält an: Das Rad erfreut sich neuer Beliebtheit. Das Rad eignet sich auch als gesunde und umweltschonende Alternative zur Bewältigung des täglichen Arbeitswegs. Betriebliche Maßnahmen tragen dazu bei, dass MitarbeiterInnen aufs Rad steigen.

VON JUDITH WITTRICH*

Vor-Radler auf dem Arbeitsweg



ZUSAMMENFASSUNG:

Gezieltes betriebliches Mobilitätsmanagement mit fahrradfreundlicher Ausstattung und bewusstseinsbildende Maßnahmen motivieren MitarbeiterInnen zu umweltschonenden und gesunden Mobilitätsformen. Davon profitiert nicht nur jede Einzelne und jeder Einzelner hinsichtlich Gesundheit, Wohlbefinden und Kostenersparnis, sondern der gesamte Betrieb.

Der Radverkehr hat in den letzten Jahren österreichweit an Bedeutung gewonnen. Das Fahrrad wird zunehmend als Verkehrsmittel für die alltäglichen Wege wiederentdeckt. Viele Arbeitswege sind sehr leicht mit dem Fahrrad zurückzulegen. Ob der gesamte Weg vom Wohn- zum Arbeitsort oder nur eine Teilstrecke zur Haltestelle des öffentlichen Verkehrs zurückgelegt wird, das Rad eignet sich als gesunde und umweltfreundliche Alternative zur Bewältigung des Arbeitswegs. Bei Wegen unter fünf Kilometern ist man (innerstädtisch) meist schneller als mit dem Pkw. Die regelmäßige Bewegung führt zu gesteigertem Wohlbefinden, hilft bei Rücken- und Knieproblemen, stärkt das Herz-Kreislaufsystem und das Immunsystem und hilft beim Abnehmen. Radeln entspannt, denn bereits nach einer guten halben Stunde am Rad werden Endorphine ausge-

schüttet: Glückshormone, die gute Stimmung verbreiten. Die Fahrt mit dem Rad ist darüber hinaus kostengünstig, leise und macht Spaß. Neben der ökologischen und ökonomischen Bedeutung des Radfahrens spielt auch der Gesundheitsfaktor eine immer wichtigere Rolle. Studien belegen, dass regelmäßige Rad fahrende MitarbeiterInnen in der Regel wesentlich gesünder sind und weniger Krankenstandstage aufweisen als MitarbeiterInnen, die nicht regelmäßig Bewegung machen.

RAD-VORREITER

Wenn in der Arbeitswelt der Trend zu immer mehr sitzenden Tätigkeiten geht, muss ein Ausgleich her. Der kann per Rad am Arbeitsweg gut geschaffen werden.

Eine Vorreiterrolle bezüglich eines fahrradfreundlichen und mobilitätsunterstützenden Betriebs nimmt die steirische

Anton Paar GmbH ein. Aufgrund der langjährigen Aktivitäten zum Thema Radfahren wurde der Betrieb bereits im Jahr 2008 als „Fahrradfreundlichstes Unternehmen Österreichs“ durch das Umweltministerium und die Wirtschaftskammer Österreich ausgezeichnet.

Betriebliches Mobilitätsmanagement wurde im Unternehmen als Teil der Gesundheitsförderung bereits vor mehr als zehn Jahren installiert und findet bei den MitarbeiterInnen großen Anklang. Eine eigene Abteilung stellt für alle 870 Beschäftigten Programme zur Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden zusammen. Das Angebot bietet laufend diverse Veranstaltungen zu Themen wie Bewegung, Ernährung, Entspannung und Alltagsmobilität. Im Zentrum steht dabei die Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“, wobei die Belegschaft gezielt durch verschiedene Aktionen über fahrradspezifische

* DIⁱⁿ Judith Wittrich ist Raumplanerin und Mitarbeiterin der Abteilung Kommunalpolitik in der AK Wien.

Österreich radelt zur Arbeit

Im Aktionsmonat Mai können Teams von bis zu vier KollegInnen Radkilometer am Weg zur Arbeit sammeln und viele Preise rund ums Radeln gewinnen, vom Fahrradhelm bis zu Fahrrädern: www.radelztzurarbeit.at





Themen und Alltagsmobilität mit dem Rad informiert und motiviert wird, das Fahrrad als Verkehrsmittel zu verwenden.

Der Betrieb bietet für die ArbeitsradlerInnen einen Fahrradabstellplatz, an dem die Räder gut abgesperrt werden können und somit vor Diebstahl geschützt sind. Aber es wurde nicht nur auf das Angebot von Radständern geachtet, sondern auch auf dessen Überdachung. Diese ist für RadlerInnen besonders wichtig. Denn durch eine Überdachung ist das eigene Rad gut vor der Witterung und Nässe geschützt. Niemand steigt gerne auf einen nassen Sattel. Die moderne Abstellanlage ist außerdem mit einer Solartankstelle ausgestattet. Für alle, die einen langen und anstrengenden Anfahrtsweg haben, stehen Duschen zur Verfügung. Des Weiteren gibt es im Betrieb eine firmeneigene Reparaturwerkstätte, in der MitarbeiterInnen Reparaturen selbst vornehmen

können. Ergänzt wird dieses Angebot durch ein kostenloses Fahrradservice sowie ein gratis Fahrrad-Navi für Graz für die MitarbeiterInnen.

ANREIZE

Aber der Betrieb ist nicht nur mit guter (Rad-)Infrastruktur ausgestattet, sondern setzt bewusst radfreundliche Anreize für die Beschäftigten: Für jede Fahrt mit dem Rad in die Firma wird ein Bonus bezahlt. Denn Rad fahrende KollegInnen tun etwas für ihre Gesundheit und leisten gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz. Wer den Arbeitsweg mit dem Fahrrad zurücklegt, wird täglich belohnt. Die ArbeitsradlerInnen stempeln sich mit der so genannten „Ökotaste“ ein und erhalten automatisch 1,70 Euro auf ihren Gehaltskonten gutgeschrieben. So können sich die MitarbeiterInnen bis zu 357.- Euro im Jahr „erradeln“.

Die Förderungen einer nach-

“ RADELN ENTSPANNT, DENN BEREITS NACH EINER GUTEN HALBEN STUNDE AM RAD WERDEN GLÜCKSHORMONE AUSGESCHÜTTET.

haltigen und sanften Mobilität spiegeln sich darüber hinaus in der Bonuszahlung für jene, die Fahrgemeinschaften bilden, wider. Auch die Jahreskarte für öffentliche Verkehrsmittel wird von der Firma vollständig rückvergütet. Ergänzt werden diese (ökonomischen) Anreize durch bewusstseinsbildende Aktionen und Veranstaltungen wie die Fahrradwoche bzw. die Auto-Rast-Woche. In der alljährlichen Auto-Rast-Woche zeigen MitarbeiterInnen als Fahrradguides ihren KollegInnen den besten, schnellsten und sichersten Weg zur Arbeit. Zum Auftanken nach den zurückgelegten Kilometern gibt es für alle RadlerInnen ein reichhaltiges Frühstücksbuffet. Außerdem wird bei allen Fahrrädern gratis ein Service durchgeführt. Auch das Zu-Fuß-Gehen wird unter-

stützt und gefördert. Für Dienstfahrten, aber auch für private Zwecke wie Erledigungen in der Mittagspause oder für eine Nachhausefahrt, stehen dem gesamten Personal Firmenfahräder, Elektro-Fahrräder und ein Elektro-Auto zur Verfügung.

Die zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen werden gerne von den MitarbeiterInnen angenommen und zeigen für viele neue Mobilitätsformen auf. Die konsequenten Bemühungen der Firma für nachhaltige Mobilität zeigen beachtlichen Erfolg. Seit Einführung des gezielten Mobilitätsmanagements hat sich der Anteil der Belegschaft, der umweltschonend unterwegs ist, kontinuierlich erhöht und bereits mehr als verdoppelt. Mittlerweile sind schon

weiter auf Seite 28 →

SPAR-RECHNER

RADFAHREN RECHNET SICH

Wer nur 20 Wochen im Jahr einen Arbeitsweg von 10 Kilometern täglich hin und zurück bewältigt, hat schon einiges erreicht: 47.000 Kilokalorien oder 118 Leberkäs-Semmeln hat er verarbeitet. Bei einem Mittelklasse-Diesel-Wagen etwa können rund 1.055 Euro an Anschaffungs-, Erhaltungs- und Spritkosten eingespart werden. Und auch die Umwelt hat ein Stückchen aufgeatmet: 338 Kilogramm Kohlendioxid, 286 Gramm Feinstaub und weitere 182 Gramm Stickoxid weniger haben die Luft belastet. Mehr siehe „Fahrrad-Spar-Rechner“ auf www.radeltzurarbeit.at

Betriebliches Mobilitätsmanagement

Durch Maßnahmen wie Aktionen oder Infrastrukturbereitstellung sowie Schaffung von (ökonomischen) Anreizstrukturen soll eine effiziente, umwelt- und sozialverträgliche (nachhaltige) Mobilität der MitarbeiterInnen gefördert werden.

Vorreiterbetrieb

Im Bereich betriebliches Mobilitätsmanagement für eine umweltschonende Mobilität aller MitarbeiterInnen ist dies die Anton Paar GmbH. Detaillierte Informationen finden Sie unter www.anton-paar.com/AP-in-Bewegung/11_Corporate_de

BROSCHÜRE

MIT DEM RAD
ZUR ARBEIT

Die Broschüre liefert Informationen und Tipps für einen gesunden Arbeitsweg. Angefangen von der erforderlichen Fahrradausstattung über Verhaltensvorschriften und Tipps für sicheres Radeln bis hin zu arbeitsrechtlich relevanten Informationen.

Bevor man sich aufs Rad schwingt, sollte man sich über einige Dinge informieren: Was braucht mein Fahrrad, um überhaupt straßentauglich zu sein? Ist eine zusätzliche Ausstattung notwendig? Was gilt es im Straßenverkehr zu beachten? Welches Schloss ist das sicherste? Welchen Weg soll ich wählen? Das und mehr findet sich in der Broschüre.

Die Broschüre können Sie per Telefon +43 1/310 00 10 532 oder per E-Mail bestell-service@akwien.at bestellen oder hier downloaden: <http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/Publikationen/Fahrradbroschuere.pdf>



→ 38 Prozent der MitarbeiterInnen auf sanfte und umweltschonende Mobilitätsformen umgestiegen.

ERSTE MASSNAHMEN

Die Einführung von gezieltem Mobilitätsmanagement braucht Zeit. Schnell und relativ einfach umzusetzende Maßnahmen zur Förderung sanfter Mobilität und der Gesundheit der MitarbeiterInnen sind:

Überdachte Radabstellanlagen zum Schutz des Rades vor Witterung und Nässe in der Nähe des Betriebseingangs werden

von RadlerInnen besonders nachgefragt.

Umkleidemöglichkeiten mit Spinden (oder sogar Duschmöglichkeiten) lassen die RadlerInnenherzen höher schlagen. Gibt es einen ungenutzten Raum im Betrieb, kann dieser schnell zu einem Umkleideraum umfunktioniert werden.

Diensträder: Die Möglichkeit, Dienstwege mit dem Rad zu bewältigen, ist gerade in der Stadt eine sinnvolle und angenehme Abwechslung zum Büroalltag. Die Bewegung lockert Verspannungen und ermöglicht eine gedankliche

Pause. Auch bei großen Firmengeländen eignen sich Fahrräder als Betriebsfahrzeuge hervorragend, um schnell von einem Ort zum anderen zu gelangen.

Angebot eines turnusmäßigen Fahrradservices bzw. -checks durch Externe sowie eine Luftpumpe zum Ausborgen im Betrieb werden von MitarbeiterInnen gerne angenommen.

Förderung der Teilnahme bei der österreichweiten Aktion „Radelt zur Arbeit“: Im Aktionsmonat Mai werden MitarbeiterInnen aufgerufen, Teams von 2-4 Personen zu bilden und gemeinsam Kilometer am Arbeitsweg mit dem Fahrrad zu sammeln – ein gemeinsames Zurücklegen des Arbeitsweges ist dabei nicht erforderlich. Alle RadlerInnen tragen die zurückgelegten Kilometer online unter www.radeltzurarbeit.at ein, damit ist der Wettbewerb eröffnet. Bei der Kampagne gibt es zahlreiche Preise zu gewinnen. Als betriebsinterne Motivation können Preise wie etwa ein kostenloses Fahrradservice für alle Mitglieder des betriebsinternen Gewinnerteams als Anreiz gesetzt werden. □

RADFAHREN: Die Vorteile auf einen Blick

Das Fahrrad ist schnell: Bei Wegen bis zu fünf Kilometern sind StadtraderInnen meist schneller als mit dem Pkw.

Radfahren ist gesund: Schon kurze Routen, die man regelmäßig radelt, steigern das Wohlbefinden, die Laune und die Fitness. Herz, Kreislauf und Muskeln werden „nebenbei“ in Schwung gebracht.

Radverkehr erzeugt keine Abgase: Radfahren leistet einen Beitrag zur sauberen Luft.

Fahrräder sind leise: Dauerhafter Verkehrslärm beeinträchtigt die Lebensqualität und macht krank. Fahrräder sind leise und belästigen somit keine BewohnerInnen.

Radfahren ist kostengünstig: Fahrräder sind erschwinglich und das nahezu ohne Betriebskosten. Die fehlenden sozialen Barrieren machen den Radverkehr demokratisch.

MEDIEN

WEBSITE: COME ON LABELS-PROJEKT ENERGIEKENNZEICHNUNG

Diese Webseite informiert über die Energiekennzeichnung Energie verbrauchender Geräte. Das Projekt bezieht sich auf alle Gerätetypen, die das Energielabel tragen – sowohl die „neuen“ Energielabel (Kühlgeräte, Spülmaschinen, Waschmaschinen, Fernseher) als auch die „alten“ Energielabel (Backöfen, Leuchtkörper, Klimaanlage und Wäschetrockner). Auf Basis dieses EU-Projekts hat die österreichische Energieagentur (www.energyagency.at) in den vergangenen 1,5 Jahren insgesamt 10.522 Produkte in 60 Geschäften und Online-Shops kontrolliert. Das Ergebnis: 61% der Geräte waren korrekt



gekennzeichnet, 21% nur teilweise korrekt bzw. nicht korrekt und 18% überhaupt nicht. www.come-on-labels.eu LEI



BUCH NEUE GLOBALE GELDELITE

Chrystia Freeland: Die Superreichen: Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite. Westend Verlag, Frankfurt 2013.

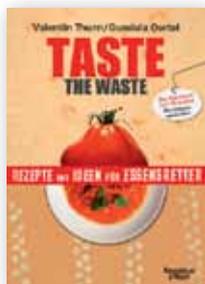
Chrystia Frelands Buch über die Herrschaft einer neuen globalen Geldelite zeigt, wie die Superreichen denken und leben und spart auch nicht an unterhaltsamen Anekdoten, ohne dabei an Substanz zu verlieren. So wird ein Oligarch zitiert, der es nicht verstehen kann, wieso Diktatoren mehrere Milliarden veruntreuen, wo man doch bereits ab 1 Milliarde Dollar Vermögen passabel leben kann. Das Thema des Buches, dass einige wenige Superreiche immer mehr Vermögen und Macht ansammeln sowie die negativen gesell-

schaftlichen Konsequenzen dieser Entwicklung, ist jedoch eine durchaus ernste. Alles in allem ein sehr gelungenes Buch, das vor allem all jenen ans Herz gelegt werden kann, die sich von einem Buch sowohl informiert, als auch unterhalten wissen wollen. SH

BUCH REZEPTE FÜR ESSENSRETTER

Valentin Thurn, Gundula Oertel: Taste the Waste. Rezepte und Ideen für Essensretter. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2012.

50 Prozent aller Lebensmittel werden weggeworfen. Das meiste davon endet im Müll, bevor es überhaupt den Verbraucher erreicht. Welche Folgen hat die globale Nahrungsmittel-Vernichtung? Wer macht aus Essen Müll? Und: aus Müll Essen? Rezepte von Müllsammlern und Spitzenköchen liefern die Essensretter mit diesem Kochbuch zum Dokumentarfilm „Taste the Waste“ und dem Band „Die Essensvernichter“ für alle, die sich dem Kampf gegen Verschwendung und Geringschätzung von Lebensmitteln anschließen wollen. Die am Buch mitwirkenden sind für verantwortungsvollen



Genuss bis zum letzten Krümel und halten Verschwendung für eine der schlimmsten Unsitten der Wegwerfgesellschaft. LEI

BUCH NACH UNS DIE SINTFLUT?

Armin Reller und Heike Holdinghausen: Wir konsumieren uns zu Tode.

Warum wir unseren Lebensstil ändern müssen, wenn wir überleben wollen. Westend Verlag, Frankfurt 2013.

Wir leisten uns unseren Lebensstil nur auf Kosten anderer. Sind uns die Auswirkungen der Produktion von Alltagsgegenständen wie etwa Handys oder Kugelschreibern

bewusst? Kinderarbeit, vergiftete Gewässer und Böden sowie die Versteppung ganzer Landstriche sind die Folgen. Damit untrennbar verbunden sind Fragen nach Gerechtigkeit und Verantwortung, Energieverbrauch und Wirtschaftlichkeit. Die AutorInnen zeigen anhand von Stoffgeschichten und -kreisläufen, woher heutzutage Ressourcen kommen, wofür sie verwendet bzw. verschwendet werden. Das hat fatale ökologische, politische, soziale und wirtschaftliche Auswirkungen. Ihre Schlussfolgerung: Wenn wir nicht bald anfangen, verantwortungsvoll mit den Ressourcen umzugehen, konsumieren wir unsere Welt zu Tode. LEI



Agroindustrie: Dichtung und Wahrheit

Mit blühenden Wiesen und glücklichen Tieren wirbt gerne die Agrarlobby, wenn es etwa um den Einsatz von Pestiziden, Gentechnik oder die Erzeugung von Agroenergie geht. Wie steht es um die Segnungen der Agroindustrie wirklich? Mehr Infos unter: www.umweltinstitut.org/agrar-luegen

Online-Plattform: RADpublik

Was wünschen sich Österreichs RadfahrerInnen? Mit RADpublik bietet die Radlobby Österreich (www.radlobby.at) den ÖsterreicherInnen die Möglichkeit, Verbesserungsvorschläge für den Radverkehr einzubringen und abzustimmen. www.klimaaktiv.at/mobiltaet/radfahren/radpublik.html

Spätestens mit Beginn der kalten Jahreszeit setzt die Werbung für Kaminöfen ein. Neben Gemütlichkeit und billigen Heizkosten wird dabei auch gern die Umwelt ins Treffen geführt. Mit den alten „Stinkern“ sollen sie überhaupt nichts mehr gemeinsam haben. Die Wirklichkeit kann aber anders aussehen.

VON FRANZ GREIL*

Schwedenöfen auf dem Prüfstand



ZUSAMMENFASSUNG:

Schwedenöfen haben am Prüfstand bessere Grenzwerte als alte Feuerungsanlagen. Die Emissionen sind aber unter realen Bedingungen höher. Wenn Privathaushalte das Holz in Schwedenöfen nicht adäquat verbrennen, kann dies die Luftverschmutzung drastisch erhöhen. Der Einfluss von richtiger Bedienung und von richtigem Anheizen ist enorm. Daher: Vor Anschaffung ausführlich vom Rauchfangkehrer oder Fachhändler beraten lassen.

Das Knistern und der Anblick von Feuer mit dezentem Licht im trauten Heim ist verführerisch, wenn draußen grimmige Temperaturen vorherrschen. Wird dadurch der Umwelt und Feinstaubbelastung auch noch ein Gefallen getan, ist das schon ein zugkräftiges Argument für Kaminöfen oder Schwedenöfen. Diese Brennkessel aus Gusseisen oder Stahl mit offener Sicht in den Feuerraum können freistehend in einer Wohnung aufgestellt und über Luftklappe oder Rohr an den Rauchfang angeschlossen werden.

Für umweltbewusste Käufer von Schwedenöfen gibt es dabei einiges zu bedenken. Diese sind in der Tat klimafreundlich, weil das Verbrennen von Holz CO₂-neutral ist. Bei den Luftschadstoffen dagegen ist eine differenzierte Sichtweise angebracht.

Moderne Holzesselheizungen sind durch gesetzliche

Vorgaben bei den Emissionen tatsächlich nicht mehr mit den alten Holzschleitöfen aus dem letzten Jahrhundert vergleichbar. Dies gilt für automatisch und manuell beschickte Feuerungsanlagen. Ab 2015 treten in der EU sogar noch strengere Grenzwerte für Hersteller in Kraft. Trotzdem gilt es bei Immissionsschutz-ExpertInnen als erwiesen, dass neue Feuerungsanlagen nicht in dem erhofften Ausmaß zur Senkung von Luftbelastungen beigetragen haben. Woran kann das liegen?

Emissionswerte, die am Prüfstand vom Hersteller bei der Typenprüfung nachgewiesen werden müssen, basieren auf Idealzuständen („Vollastbetrieb“), die aber für normale Haushalte in der Regel unrealistisch sind. Einschneidender für die Umwelt und die Volksgesundheit sind die konkreten Heizpraktiken der Haushalte. Aufgrund konkreter Messungen der Höheren

Technischen Bundeslehr- und Versuchsanstalt (HTBLVA) Dornbirn ist inzwischen nachgewiesen worden, dass bei falscher Handhabung selbst bei modernen Schwedenöfen die Grenzwerte für Schadstoffe im Vergleich zur Typenprüfung, z.B. bei Feinstaub, um den Faktor 4 überschritten werden können. Dem Faktor Mensch und damit Beratung und Bedienungsanleitungen kommen also eine entscheidende Rolle zu. Was sind die schlimmsten Fehler, die man begehen kann?

ANZÜNDPHASE

Immer gegenläufig zum Luftstrom anzünden. Da die Luft von unten nach oben strömt, muss das Holz oben angezündet werden. Das Verbrennen von oben nach unten bewirkt, dass immer so viel Brennstoff brennt wie Sauerstoff zur Verfügung steht und die Gase durch die

* Mag. Franz Greil ist Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.



Emissionsgrenzwerte und Umweltzeichen

Öfen, die bereits jetzt die strengen, ab 2015 vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerte erfüllen, weisen ein Umweltzeichen auf, z.B. das „Österreichische Umweltzeichen“, „Blauer Engel“ oder „Der Weiße Schwan“. www.umweltzeichen.at/cms/home/produkte/gruene-energie/content.html?rl=26



Nur richtige Bedienung schont die Umwelt.

Flammen verbrennen können. Als Anzündhilfe sollten in Wachs getränkte Holzwoolstücke, keinesfalls aber Papier oder flüssige Brandbeschleuniger verwendet werden. Wer dies nicht beherzigt, also „unten“ anzündet, verursacht einen Feinstaubausstoß um den Faktor 2,8 im Verhältnis zur idealen Anzündtechnik.

GEEIGNETES HOLZ

Locker gestapelte Holzscheite, am besten in Blockhaus-Form, sichern einen ausreichenden Luftdurchzug. Ein kompaktes Aufschichten verunmöglicht dies. Die maximale Holzmenge sollte der Nennleistung des Ofens entsprechen. Das Lesen der Herstellerangaben sichert gegen eine Überladung des Ofens. Wer dagegen den Kesselraum „überladet“, erhöht den Feinstaubausstoß um den Faktor 4,2.

Nur trockenes Holz (zwischen 15 und 20 Prozent Wassergehalt), das mindestens zwei Jahre getrocknet ist, stellt einen idealen Abbrand sicher. Feuchtes Holz ist nicht nur für eine schlechte Verbrennung verantwortlich, sondern potenziert die Luftverschmutzung geradezu. Die Scheitholzgröße muss dem Ofen angepasst sein; die diesbezüglichen Herstellerangaben sind dringend zu beachten. Im Zweifel hilft der Rauchfangekehrer sicher weiter! Das Verbrennen von behandeltem Holz, Kartonaugen und anderen Abfällen ist gesetzlich verboten.

RICHTIG NACHLEGEN

Holzscheite oder Holzbriketts nur nachlegen, wenn eine Grundglut vorhanden ist. Wer bei gelber Flamme nachlegt, verändert die Luftzufuhr.

Nicht optimale Heiztechniken führen aber nicht nur

HOLZHEIZUNGEN SCHWARZER RAUCH

Holzheizungen sind vor allem in Ballungsräumen und engen Tälern ein Problem für gesunde Luft. Feinstaub und langlebige organische Schadstoffe (Persistent Organic Pollutants – POPs) sind dabei die großen Sorgenkinder. Bei letzteren sind vor allem Dioxine aufgrund ihrer Langlebigkeit und Gesundheitsgefährdun-

gen problematisch. Rund 70 Prozent aller Dioxinmissionen gelangen heute über private Kamine in die Luft. Das Verbrennen von Abfall (z. B. behandeltes Holz) spielt dabei auch eine Rolle und wird leider immer noch als Kavaliersdelikt angesehen. Schwarzer Rauch aus dem Rauchfang ist untrügliches Indiz dafür.

zu erhöhtem Luftschadstoffausstoß (Kohlenmonoxid, Ruß und unverbrannte Kohlenwasserstoffe), sondern auch zu Heizwertverlusten. Bei „schlechtem Heizen“ geht zwangsläufig Energie „durch den Kamin“, weil mit den unverbrannten Schwelgasen auch viel Energie verloren geht. Je nach Holzsorte können bis zu zwölf Prozent der Energie, und damit persönliches Budget, verloren gehen. Daher am besten vor einer Anschaffung ausführlich vom Rauchfangekehrer oder

im Fachhandel beraten lassen, vor allem was die Leistung des Ofens betrifft. Denn zu große Kessel sind zwangsläufig unökonomisch. Der erwähnte Emissionstest der HTBLVA Dornbirn offenbart aber auch: Die Emissionen von Schwedenöfen hängen nicht nur von einer guten Ofentechnologie ab. Die Umweltbelastungen werden sehr stark von der richtigen Bedienung beeinflusst. Umweltbewusste Menschen können hier wirklich viel zu einer gesünderen Luft beitragen. □

” EMISSIONEN VON SCHWEDENÖFEN HÄNGEN NICHT NUR VON DEREN TECHNOLOGIE, SONDERN SEHR STARK VON DER RICHTIGEN BETRIEBUNG AB.



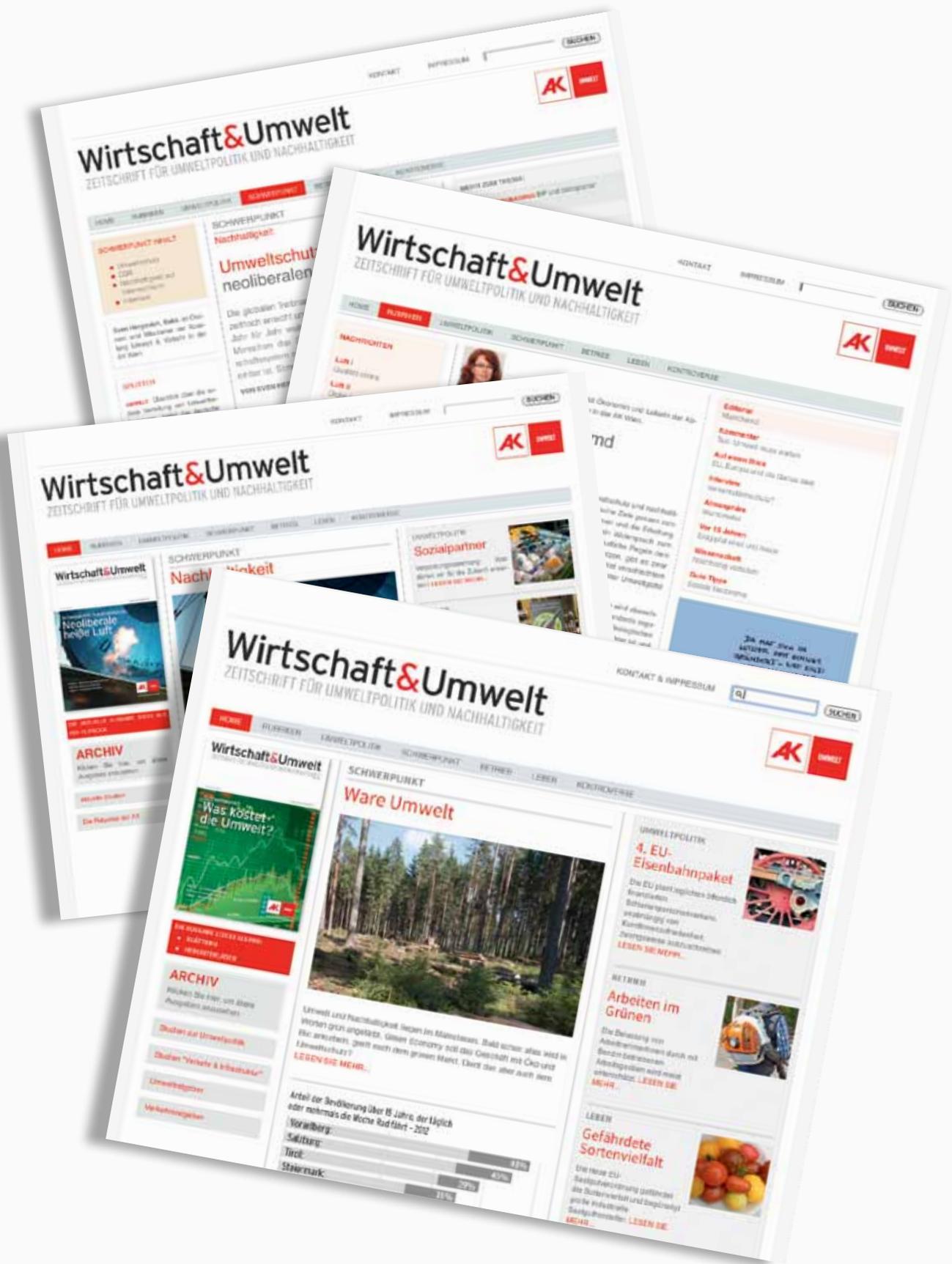
Heizen: Umwelt und Konto schonen

Neben dem Heizen gibt es bei Raumwärme und Energiesparen vieles zu berücksichtigen. Deshalb gibt es von der AK die Broschüre „Energiesparen. Umwelt und Konto schonen.“ mit vielen nützlichen Tipps. <http://media.arbeiterkammer.at/sbg/pdf/Energiesparbroschure.PDF>



ERLEBEN SIE IHRE ZEITSCHRIFT
FÜR UMWELTPOLITIK UND
NACHHALTIGKEIT IM INTERNET.

www.ak-umwelt.at



**WIR SIND ÜBER 3 MILLIONEN STIMMEN
FÜR MEHR VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT.
WIR WOLLEN:**



Mehr über unsere Forderungen finden Sie auf www.arbeiterkammer.at



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

VOR 15 JAHREN

GLOBAL STATT
SOZIAL

Bereits die *Wirtschaft & Umwelt* 3/98 analysierte die Zusammenhänge zwischen Globalisierung, industrieller Ausbeutung, weltweiter Migration und Umweltzerstörung. Lösungsansätze sind heute wie damals ohne Berücksichtigung sozialer, ökologischer und regionaler Aspekte undenkbar.



„Die soziale Polarisierung, die sich in den Industriestaaten wie in der ‚Dritten Welt‘ beobachten lässt, stellt insofern einen Aspekt der Globalisierung dar, als sie ein Ergebnis eines

antisozialen Anpassungszwangs ist, der in Zeiten gesteigener Kapitalmobilität und erhöhter Konkurrenz ausgeübt wird. So werden in den alten Industrieländern gewerkschaftliche Positionen verstärkt und immer erfolgreicher angegriffen, um die von den Unternehmen angestrebte arbeitsorganisatorische Flexibilisierung sowie den Abbau tarifvertraglicher und sozialstaatlicher Sicherungs- und Schutzmaßnahmen zu erreichen. In der ‚Dritten Welt‘ bedeutet Globalisierung aber nicht nur Polarisierung, sondern auch soziale Exklusion. Die netzwerkartig strukturierte Weltwirtschaft integriert nämlich nur jene Sektoren, Regionen und Menschen die ‚nützlich‘ und konkurrenzfähig sind.“ LEO

Wie Österreichs Vermögen wirklich verteilt sind

Eine neue Studie der Universität Linz zeigt, dass Vermögen in Österreich noch deutlich ungleicher verteilt sind, als bislang bekannt war. Das reichste eine Prozent aller Haushalte besitzen demnach durchschnittlich ein Nettovermögen von 12,7 Millionen. Das ist doppelt so viel wie bislang geschätzt wurde.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat mit dem Household Finance and Consumption Survey (HFSC) erstmals die Vermögen privater Haushalte in 15 Eurozonenländern (darunter auch Österreich) erhoben. Obwohl dies sehr sorgfältig und mit vielen Kontrollen geschehen ist, besteht bei dieser Erhebungsweise, die auf Haushaltsbefragungen

basiert, das Problem, dass besonders vermögende Haushalte untererfasst bleiben. Dies liegt einerseits daran, dass besonders reiche Haushalte in der Stichprobe nicht enthalten waren. Andererseits verweigern Vermögende die Antworten überdurchschnittlich oft, oder antworten sogar falsch. Während andere methodische Probleme im HFSC

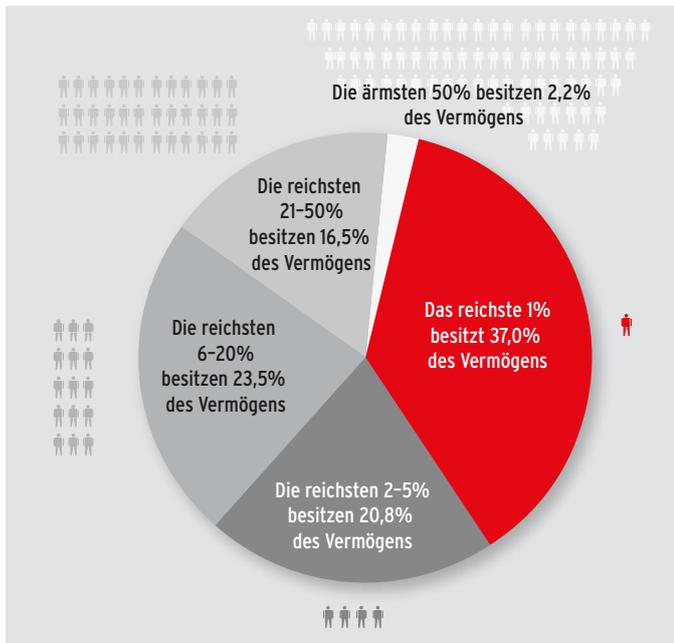
gut gelöst wurden, verblieb die Untererfassung besonders reicher Haushalte ein Problempunkt.

Um diese Lücke zu schließen, hat eine Studie der Universität Linz im Auftrag der Arbeiterkammern Wien und Oberösterreich, das Privatvermögen der reichsten österreichischen Haushalte neu berechnet. Dabei wurde entsprechend der wissen-

AK Studienreihe: Verkehr und Infrastruktur

Bestellung als Hardcopy unter wirtschaft.umwelt@akwien.at

- 34 **Neue Aus- und Weiterbildungsstandards für Bus- und LKW-LenkerInnen. Was kommt auf LenkerInnen, UnternehmerInnen, AusbilderInnen und PrüferInnen zu?** Tagungsband, 2008
- 35 **LKW-Maut für die Umwelt? Handlungsspielräume und Strategien im EU-Kontext auf dem Prüfstand,** Tagungsband, Franz Greil (Hrsg.), 2009
- 36 **Regionale Arbeitsweg-Barrieren in der Ostregion.** Auswertung der Online-Umfrage „Pendler/in am Wort“. Thomas Hader, 2009
- 37 **Privatisierung der Verkehrsinfrastruktur.** Erfahrungen mit Public Private Partnership (PPP) in Österreich und Europa. Tagungsband, 2009
- 38 **Leitfaden für Ausschreibungen im öffentlichen Verkehr.** Qualitäts- und Sozialkriterien. Anna Daimler, Doris Unfried. Studie, 2009
- 39 **Arbeitsweg-Barrieren in der Ostregion** Geschlechtsspezifische und soziale Hindernisse. Auswertung der Online Umfrage „Pendler/in am Wort“ Thomas Hader, 2009
- 40 **LKW-Stellplatzbedarf im hochrangigen österreichischen Straßennetz** Österreichisches Institut für Raumplanung, 2010
- 41 **PendlerInnen und Infrastruktur-Ausbau in der Ostregion** Ergebnisse der AK-Befragung 2009/2010 Thomas Hader, 2010
- 42 **Mangelware LKW-Parkplatz.** Perspektiven und Lösungen für den Arbeitsplatz Autobahn. Tagungsband, 2010
- 43 **Tourismus in Österreich 2011:** mit einer Sonderauswertung des Österreichischen Arbeitsklimaindex Kai Biehl, Rudolf Kasko (Hrsg.), 2011
- 44 **Lkw-Geschwindigkeitsverhalten auf Autobahnen:** Erhebung und Analyse der Lkw-Geschwindigkeiten auf ausgewählten Streckenabschnitten österreichischer Autobahnen. Studie, 2011
- 45 **Die Lkw-Maut als Öko-Steuer** Verursachergerechte Lösungen gegen Lärm und Abgase. Tagungsband, 2012
- 46 **BerufslenkerInnen am Wort** Befragung von Lkw- und BuslenkerInnen zu Lenkzeitüberschreitungen, Sicherheit und Qualität von Rastanlagen und Erfahrungen mit der verpflichtenden Aus- und Weiterbildung, 2012
- 47 **Aktiv und selbstbestimmt zur Arbeit** Warum der Arbeitsweg zu Fuß und mit dem Rad die gestündere Alternative ist, was am Arbeitsweg besonders Stress macht und wie subjektive Aspekte die Verkehrsmittelwahl beeinflussen. Johanna Schupp. Studie, 2012
- 48 **Problem Solidarhaftung im Bundesstraßenautogesetz** Verfassungsrechtliche Analyse. Nicolas Raschauer. Studie, 2012
- 49 **Öffentlicher Verkehr hat Zukunft!** Herausforderungen und Gefahren für den öffentlichen Nahverkehr in Österreich. Tagungsband, 2013
- 50 **Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnpersonenverkehrs in Österreich,** 2013



schaftlichen Lehrmeinung davon ausgegangen, dass sich der oberste Rand der Vermögensverteilung am besten durch die „Pareto-Verteilung“ (stetige Wahrscheinlichkeitsverteilung) abbilden lässt.

Die Ergebnisse der Studie sind dabei umso bemerkenswerter, berücksichtigt man, dass die Wissenschaftler sehr konservative Annahmen (so wurde das Vermögen österrei-

chischer Milliardäre in dieser Studie nicht berücksichtigt) gewählt haben.

Das Gesamtvermögen aller österreichischen Haushalte beträgt nach diesen neuen Schätzungen 1.250 Milliarden Euro. Damit ist das Gesamtvermögen (netto, also abzüglich Schulden) der österreichischen Haushalte um 250 Milliarden Euro größer als bislang angenommen. Außerdem konzen-

„ DAS REICHSTE EINE PROZENT DER HAUSHALTE VERFÜGT ÜBER EIN VIEL GRÖßERES VERMÖGEN ALS BISHER ANGENOMMEN.

triert sich das Vermögen deutlich stärker auf einige wenige als vermutet wurde. So verfügt das reichste eine Prozent mit 37 Prozent des Gesamtvermögens über mehr als ein Drittel des Vermögens aller. Das durchschnittliche Nettovermögen des obersten einen Prozentes ist mit 12,7 Millionen Euro pro Haushalt doppelt so hoch wie vorher geschätzt.

Und auf die reichsten zehn Prozent entfallen 69 Prozent des Gesamtvermögens. Die verbleibenden 90 Prozent aller Haushalte verfügen daher mit 31 Prozent des Gesamtvermögens, gemeinsam nicht einmal über die Hälfte des Vermögens der obersten zehn Prozent.

Bereits bekannt war, dass

Vermögen in Österreich extrem ungleich verteilt sind. Diese neue Studie, die uns die derzeit besten Daten über die Vermögensverteilung in Österreich liefert, zeigt aber, dass die Vermögensverteilung noch deutlich ungleicher ist, als bislang angenommen wurde.

Die Studie zeigt aber auch, dass eine allfällige Millionärssteuer nur die reichsten fünf Prozent der Haushalte treffen würde, denn erst unter den reichsten fünf Prozent aller österreichischen Haushalte beträgt das Nettovermögen mehr als eine Million Euro.

Die Studie kann unter folgendem Link kostenlos heruntergeladen werden: http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Vermoeegen_in_Oesterreich.pdf

AK Studienreihe: Informationen zur Umweltpolitik

Alle Studien können unter www.ak-umwelt.at als PDF heruntergeladen werden.



- 167 Elisa Schenner **EU und Wasserliberalisierung** – Eine Analyse auf internationaler und europäischer Ebene, 2006
- 169 Tony Musu **REACH am Arbeitsplatz** – Die potenziellen Vorteile der neuen europäischen Chemikalienpolitik für die ArbeitnehmerInnen, 2006 (vergriffen)
- 170 Franz Greil (Hrsg.) **Feinstaub am Arbeitsplatz** Die Emissionen ultrafeiner Partikel und ihre Folgen für ArbeitnehmerInnen, Tagungsband, 2006
- 171 Andreas Käfer, Judith Lang, Michael Hecht **Luftverkehr und Lärmschutz** – Ist-Stand im internationalen Vergleich – Grundlagen für eine österreichische Regelung, 2006
- 173 Franz Greil (Hrsg.) **Welche Zukunft hat der Diesel?** Technik, Kosten und Umweltfolgen, Tagungsband, 2007
- 174 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Umsetzung der EU-Umwelthaftungsrichtlinie in Österreich**, Tagungsband ergänzt um Materialien und Hintergrunddokumente zum Diskussionsprozess, 2007
- 175 **Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr** 2007
- 176 Cornelia Mittendorfer (Hrsg.) **Die Strategische Umweltprüfung im Verkehrsreich** Tagungsband, 2008
- 177 Cornelia Mittendorfer (Hrsg.) **Die UVP auf dem Prüfstand. Zur Entwicklung eines umkämpften Instruments** Tagungsband, 2008
- 178 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Die Umsetzung der EU-Umgebungsrichtlinie in Österreich** Tagungsband, 2008
- 179 **Feinstaubproblem Baumaschine** Emissionen und Kosten einer Partikelfilternachrüstung in Österreich. Umweltbundesamt, 2009
- 180 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Mehrweg hat Zukunft!** Lösungsszenarien für Österreich im internationalen Vergleich, Tagungsband, 2010
- 181 Thomas Thaler **Siedlungswasserwirtschaft in öffentlicher oder privater Hand**. England/Wales, die Niederlande und Porto Alegre (Brasilien) als Fallbeispiele, 2010
- 182 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Aktionsplanung gegen Straßenlärm - wie geht es weiter?** Tagungsband, 2010, die Niederlande und Porto Alegre (Brasilien) als Fallbeispiele
- 183 Christoph Streissler (Hrsg.) **Agrotreibstoffe – Lösung oder Problem?** Potenzielle, Umweltauswirkungen und soziale Aspekte, Tagungsband, 2010
- 184 **Lkw-Tempolimits und Emissionen:** Auswirkungen der Einhaltung der Lkw-Tempolimits auf Autobahnen auf Emissionen und Lärm, Studie, 2011
- 185 **Gesundheitsrelevante Aspekte von Getränkeverpackungen.** Studie, 2011
- 186 **Green Jobs. Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale.** Studie, 2012
- 187 **Die Zukunft der Wasserversorgung.** Der Zugang zu Wasser im Spannungsfeld zwischen öffentlichem Gut, Menschenrecht und Privatisierung. Tagungsband, 2013
- 188 **Aktuelle Erkenntnisse zu hormonell wirksamen Substanzen.** Tagungsbericht, 2013

AK-Tipp

ARBEITNEHMERSCHUTZ UND GESUNDHEIT

Arbeit darf nicht krank machen. Alexander Heider, Abteilung Sicherheit, Gesundheit und Arbeit, 2013.

Rund 120.000 Arbeitsunfälle jährlich, zu viele Beschäftigte vorzeitig in Pension wegen Arbeitsunfähigkeit: Die Broschüre hilft bei der Umsetzung der Arbeitnehmerschutzvorschriften. <http://wien.arbeiterkammer.at/service/broschueren/Arbeitnehmerschutz/broschueren/index.html> LEI

Gratis bestellen unter: wirtschaft.umwelt@akwien.at oder bei: AK-Wien, Abteilung Umwelt & Verkehr, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien, Tel: 01/50165-2404

Die schlaunen Ratgeber der Arbeiterkammer



NEU!

GUT INFORMIERT IM ÖFFENTLICHEN VERKEHR

Bahn und Bus spielen im Berufs- und Freizeitverkehr eine wichtige Rolle. Doch was ist bei Problemen zu tun? Welche Rechte haben Fahrgäste? Die Broschüre fasst alle wichtigen Infos für die Fahrt im öffentlichen Verkehr (Schwerpunkt Ostregion) kurz und übersichtlich zusammen.



© CONTRASTWERKSTATT - FOTOLIA.COM



MIT DEM RAD ZUR ARBEIT

Das Rad eignet sich als gesunde und ökologische Alternative – auch am Arbeitsweg. Von der erforderlichen Fahrradausstattung, Verhaltensvorschriften und Tipps für sicheres Radeln bis zu arbeitsrechtlich relevanten Informationen: Das und mehr in der neuen Broschüre!



VERKEHRLÄRMSCHUTZ

Mehr als eine Million ÖsterreicherInnen fühlen sich durch Verkehrslärm beeinträchtigt. Diese Broschüre gibt Auskunft über Fördermöglichkeiten und Kontaktstellen für Lärmschutzmaßnahmen an Wohnungen und Gebäuden an den Verkehrsträgern Straße und Schiene.



ENERGIE SPAREN

Mit Hilfe dieser Broschüre können Sie die Umwelt und Ihr Geldbörstel schonen. Umfassende Informationen und konkrete Tipps aus verschiedenen Energiebereichen des Haushalts wie Raumheizung, Beleuchtung, Elektrogerätenutzung oder Auto tragen dazu bei.



ÖKO-ZEICHEN

Der Leitfaden durch den Zeichenschwung von Ökolabels und Qualitätssiegeln bietet neben einem Wegweiser, der erklärt, wofür Ökozeichen stehen und worüber sie informieren, die Liste der Zeichen selbst und Hinweise auf Serviceseiten im Internet.



LEBENSMITTELZUSATZSTOFFE

Zusatzstoffe spielen in der Lebensmittelproduktion heute eine große Rolle. Der Wunsch nach genauere Information ist groß. Die AK betrachtet den Einsatz der Zusatzstoffe kritisch und versucht mit diesem Leitfaden dem Informationsmanko zu begegnen.

Zu bestellen unter wirtschaft.umwelt@akwien.at oder Telefon: 01/50165-2404 oder mit der Post an Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien